

Generationengerechtigkeit
Präventives Haushaltssicherungskonzept
der Stadt Hünfeld
2012 - 2016



Generationengerechtigkeit

Präventives Haushaltssicherungskonzept der Stadt Hünfeld 2012 - 2016

Präambel:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 24.03.2010 beschlossen, zur Vorbereitung eines **präventiven** Haushaltssicherungskonzeptes einen Haushaltskonsolidierungsbeirat zu bilden. Die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen hatten Gelegenheit, hierfür Bürger/innen der Stadt Hünfeld zu benennen, die nicht dem Magistrat oder der Stadtverordnetenversammlung angehören. Auf der Grundlage einer Empfehlung des Ältestenrates wurden die Mitglieder des Haushaltskonsolidierungsbeirates in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.12.2010 gewählt. Zugleich wurde festgelegt, dass der jeweilige Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses für dieses Gremium die Funktion des Vorsitzenden übernimmt. Die Aufgabe des Haushaltskonsolidierungsbeirates wurde als beratendes Organ zur Erarbeitung eines Konzeptentwurfs definiert, der dann nach Feststellung im Magistrat als Grundlage einer abschließenden Bewertung und Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss dienen soll. Hierzu gab es die Vorgabe, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Vorschläge für Aufwandsreduzierungen und Mehrerträge in einem Umfang zu erarbeiten, wodurch unter Berücksichtigung einer Generationengerechtigkeit nachhaltig ein Haushaltsausgleich im ordentlichen Ergebnis des Ergebnishaushaltes mindestens mittelfristig (2012-2016) ermöglicht wird. Dies bedeutet: Keine Sparvorschläge auf Kosten der kommenden Generationen und Realisierung einer „echten“ Kapitaldeckung durch Finanzanlagevermögen bezogen auf aufgelaufene

Verpflichtungen insbesondere im Bereich von Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für die städtischen Beamten.

Auf das als **Anlage 1** beigefügte Muster eines Schreibens der Fraktionen an die von Ihnen jeweils vorgeschlagenen Mitglieder des Konsolidierungsbeirates wird ergänzend verwiesen.

Der Konsolidierungsbeirat ist am 28.02.2011 zu einer ersten Sitzung zusammengetreten und hat in weiteren vier folgenden Arbeitssitzungen das **präventive** Haushaltssicherungskonzept erarbeitet. Der Magistrat hat die Arbeiten unterstützt, indem durch die Verwaltung sämtliche erforderlichen Informationen bereitgestellt wurden. Durch die städtischen Fachkommissionen, gebildet durch Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und sachkundige Einwohner/innen, wurde beratende Unterstützung und insbesondere Detailarbeit im Hinblick auf einzelne Konsolidierungsvorschläge geleistet. Soweit für die Begleitung von Aufgaben keine Kommissionszuständigkeiten bestehen, hat der Magistrat auch unmittelbar, insbesondere bezogen auf politische Wertungen entsprechend dem Leitbild der Stadt Hünfeld, beratende Unterstützung geleistet. Die im Haushaltssicherungskonzept beinhalteten Zahlen, Fakten und fachlichen Hinweise zu den finanziellen Rahmenbedingungen und perspektivischen Entwicklungen wurden durch den Magistrat als Beratungsgrundlage für die Arbeit des Konsolidierungsbeirates eingebracht.

Der Konsolidierungsbeirat hat auf der Grundlage all dieser Vor- und Zuarbeiten dann in seiner Sitzung am 24.10.2011 den vorliegenden Entwurf des präventiven Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Hünfeld als Vorschlag an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1. **Rechtliche Grundlagen**
2. **Finanzielle Ausgangslage**
3. **Ursachen für einen Fehlbedarf im ordentliches Ergebnis**
4. **Verbindliche Festlegung des Konsolidierungsziels**
5. **Konsolidierungsbedarf**
6. **Konsolidierungsfelder**
7. **Kostendeckung gemeindeeigener Einrichtungen**
8. **Konsolidierungsmaßnahmen und Konsolidierungsziele**
9. **Zielkontrolle/Dokumentation**
10. **Ausblick und Prognose**

1. Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes finden sich in den § 92 Abs. 4 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und § 24 Abs. 4 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltes der Gemeinde mit doppelter Buchführung (GemHVO-Doppik).

Danach ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich nicht möglich ist. Bei Führung der Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (Doppik) ist dies der Fall, wenn im Ergebnishaushalt die veranschlagten ordentlichen Erträge nicht ausreichen, um die veranschlagten ordentlichen Aufwendungen zu decken. Dieser Fehlbedarf kann dadurch gedeckt werden, dass der Rücklage, die aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildet wird, Mittel zum Haushaltsausgleich entnommen werden. Wenn hiernach kein Ausgleich des Ergebnishaushaltes möglich ist, besteht die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

2. Finanzielle Ausgangslage

Die Stadt Hünfeld hat zum 01.01.2006 ihre Haushaltswirtschaft auf die Doppik umgestellt. Für die Jahre 2006 bis 2008 weist das ordentliche Ergebnis in der Ergebnisrechnung jeweils einen Überschuss aus, sodass basierend auf der am 31.12.2005 vorhandenen kameralen Allgemeinen Rücklage eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses aufgebaut werden konnte. Diese beträgt zum 31.12.2008 ca. 12,0 Mio. €.

Die Ergebnisrechnungen der Haushaltsjahre 2009 und 2010 weisen deutliche **Fehlbeträge von jeweils über 2,2 bzw. 2,1 Mio. €** im ordentlichen Ergebnis aus. Zum Ausgleich müssen Mittel der Rücklage, die aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildet wurden, eingesetzt werden. Die Rücklage weist zum 31.12.2010 einen Bestand in Höhe von noch ca. 7,6 Mio. € aus.

Die ordentlichen Ergebnisse aus den Ergebnisrechnungen 2009 und 2010 zeigen ebenso wie das um Einmaleffekte (insbesondere Gewerbesteuernachveranlagungen) neutralisierte zu erwartende ordentliche Ergebnis der Ergebnisrechnung 2011 die Notwendigkeit auf, **präventiv** ein Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten.

3. Ursachen für einen Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis

Nachfolgend wird die Entwicklung der ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen in den Haushaltsjahren 2006 bis 2010 aufgezeigt.

Entwicklung ordentliches Ergebnis					
	2006	2007	2008	2009	2010 (vorläufig)
ordentliche Erträge insgesamt	21.194.669,66 €	21.609.883,94 €	30.636.382,36 €	19.544.725,30 €	19.970.690,97 €
davon Steuern und steuerähnliche Erträge	11.744.403,23 €	10.380.413,61 €	19.046.251,59 €	10.299.229,82 €	11.381.501,62 €
- Einkommensteueranteil	4.301.040,07 €	4.851.490,16 €	5.277.564,24 €	5.020.435,29 €	4.721.573,26 €
- Gewerbesteuer	5.352.500,43 €	3.168.303,59 €	11.322.985,50 €	3.170.977,44 €	4.342.366,69 €
davon Allgemeine Schlüsselzuweisungen	3.588.734,00 €	3.266.310,00 €	5.327.874,00 €	2.390.728,00 €	2.973.165,00 €
ordentliche Aufwendungen insgesamt	21.163.197,37 €	21.801.509,87 €	24.565.285,65 €	22.138.761,74 €	22.513.414,25 €
davon Kreis-/Schulumlage	5.472.654,00 €	6.496.596,00 €	7.282.547,00 €	8.317.000,00 €	7.364.580,00 €
Verwaltungsergebnis	31.472,29 €	-191.625,93 €	6.071.096,71 €	-2.594.036,44 €	-2.542.723,28 €
Finanzerträge	381.151,00 €	843.138,67 €	520.284,37 €	498.582,20 €	588.550,00 €
Finanzaufwendungen	136.175,95 €	98.884,74 €	118.477,77 €	116.982,12 €	184.900,00 €
Finanzergebnis	244.975,05 €	744.253,93 €	401.806,60 €	381.600,08 €	403.650,00 €
Ordentliches Ergebnis	276.447,34 €	552.628,00 €	6.472.903,31 €	-2.212.436,36 €	-2.139.073,28 €

Deutlich wird, dass bei einer nur moderaten Veränderung der eigenverantwortlich gestaltbaren ordentlichen Aufwendungen insgesamt eine deutliche Reduzierung der ordentlichen Erträge eingetreten ist. Eine Analyse der Entwicklung einzelner ordentlicher Erträge zeigt, dass ab dem Haushaltsjahr 2009 insbesondere eingebrochene Steuererträge sowie Kürzungen des Landes im Kommunalen Finanzausgleich, besonders im Bereich der allgemeinen Schlüsselzuweisungen, zu reduzierten Erträgen geführt haben.

Der Einbruch des ordentlichen Ergebnisses ist sowohl konjunkturell bedingt als auch auf entsprechende Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zurückzuführen, die zu einer schlechteren Finanzausstattung der Kommunen geführt haben. Trotz der aktuell guten Wirtschaftslage erreichen die Gesamteinnahmen der Hessischen Kommunen - bestehend aus Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen - längst nicht das Niveau früherer Jahre. Das Aufkommen der Einkommensteuer liegt beispielsweise im Jahr 2011 niedriger als im Jahr 2007.

Diese Feststellungen gelten aber auch nur für eine Gesamtbetrachtung der Hessischen Kommunen. Dabei hat sich die Problematik der sehr unterschiedlichen Finanzausstattung zwischen steuerstarken Städten und Gemeinden und finanzschwachen Kommunen, die auch keinen adäquaten Ausgleich über den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) des Landes erhalten, eher noch verschärft. Das Land Hessen hat es seit mehr als 3 Jahrzehnten nicht geschafft, eine tiefgreifende Reform dieses Kommunalen Finanzausgleichs Hessen nach der Gebiets- und Verwaltungsreform des Jahres 1972 zu gestalten. Die Ankündigung des Hessischen Finanzministers am Hessentag 2006, wonach finanzschwache Mittelzentren im ländlichen Raum, dies wurde am Beispiel der Stadt Hünfeld verdeutlicht, die über eine unzureichende Finanzkraft im Verhältnis zu ihren zentralen öffentlichen Funktionen verfügen, gestärkt werden sollen, wurde bislang nicht umgesetzt. Durch den vom Land vorgenommenen Mittelentzug von 360 Mio. € zu Lasten des Kommunalen Finanzausgleiches wurde das Gegenteil bewirkt, d. h. die Situation hat sich nochmals deutlich verschlechtert. Basierend auf der Steuerkraft der Stadt Hünfeld im Jahr 2010 führt der Mittelentzug zu einer weiteren Reduzierung der Schlüsselzuweisungen um ca. 270.000,00 €. Bei einem Ausgleich des Landkreises Fulda für dessen aufgrund dieses Mittelentzuges eintretendes Minderaufkommen aus Kreis- und Schulumlage durch eine Anhebung der Hebesätze würde dies sogar zu einer weiteren Mehrbelastung von ca. 370.000,00 € und damit insgesamt zu einer Zusatzbelastung in Höhe von 640.000,00 € führen. Nunmehr hat das Land 2012 sogar einen Mittelentzug von weiteren 20 Mio. € aus dem KFA vorgesehen.

Es kommt hinzu, dass auf der Aufwandsseite die Belastungen aus Kreis- und Schulumlage bereits jetzt deutlich angestiegen sind, da der Landkreis Fulda seit 2010 die Hebesätze jährlich um jeweils 1 Prozentpunkt erhöht hat. Ab dem Haushaltsjahr 2011 tritt eine vom Land zugunsten der Landkreise und kreisfreien Städte eingeführte Kompensationsumlage hinzu, die dazu dienen soll, innerhalb des Kommunalen Finanzausgleiches eine durch gesetzgeberische Maßnahmen verursachte Schieflage auszugleichen und zwar zugunsten der Landkreise und kreisfreien Städte und zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen. Die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage um jeweils 1 Prozentpunkt in 2010 und 2011 führt gegenüber einer Beibehaltung der bis 2009 geltenden Hebesätze zu Mehrbelastungen in Höhe von rd. 140.000,00 € in 2010 und rd. 265.000,00 € in 2011. Die Einführung der Kompensationsumlage durch das Land ab 2011 führt zu einer Mehrbelastung von ca. 195.000,00 € in 2011. Damit beträgt die Gesamtzusatzbelastung allein in 2011 kumuliert durch beide Maßnahmen rd. 460.000,00 €. Zudem ist zu berücksichtigen, dass diese Maßnahmen sich nachhaltig, entsprechend der Entwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs, belastend auswirken. Weitere Belastungen durch Erhöhungen der Kreis- und Schulumlage können angesichts des defizitären Kreishaushaltes nicht ausgeschlossen werden.

Der dynamischste Kostenanstieg war und ist im Bereich der Kinderbetreuung und -erziehung - wie in fast allen hessischen Kommunen - eingetreten. Dies resultiert zum Einen aus dem durch den Bund festgelegten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und künftig auch auf eine Kleinkinderbetreuung, zum Anderen aber auch aus landesrechtlichen Standarderhöhungen, die erhebliche Mehraufwendungen verursachen, sowie einem finanziellen Teilrückzug der kirchlichen Träger. Trotz entsprechender Verankerung in der Landesverfassung hat das Land Hessen keinen vollen Konnexitätsausgleich vorgenommen. Hieraus entstehen aktuell jährlich Mindererträge in Höhe von ca. 136.000,00 €. Nach vollständiger Anwendung der Mindestverordnung im Gruppenbereich voraussichtlich ab 2012/2013 erhöht sich dieser Betrag auf ca. 200.000,00 €. Eine hessische Sonderbelastung, die es vergleichbar nur in 9 von 16 Bundesländern gibt, ist eine Verknüpfung des Elternwahlrechts mit einem nichtinteressengerechten Kostenausgleich, der völlig einseitig ausgestaltet ist. Dieser zwingt Wohnortgemeinden einerseits zur Vorhaltung von Kinderbetreuungsplätzen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs, zwingt sie aber gleichzeitig - selbst

bei freien eigenen Plätzen - einen vollen Kostenausgleich an andere Kommunen zu zahlen, für Kinder, die dort einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen.

Unter Berücksichtigung der zusätzlich ausfallenden Elternbeiträge ergibt sich aus dieser Landesregelung aktuell eine weitere jährliche Belastung von ca. 50.000,00 €. Diese würde sich im Falle eines vollen Kostenausgleiches - wie dies der Gesetzgeber vorsieht - sogar auf 80.000,00 € jährlich erhöhen.

Weitere aktuelle Entscheidungen des Landes führen in vielfältigen Bereichen dazu, dass besondere zweckgebundene Finanzausweisungen an Kommunen und damit auch für Hünfeld reduziert werden oder ganz entfallen.

Dies gilt z. B. für die Förderprogramme „Soziale Stadt“ und teilweise auch Kommunaler Straßenbau“ nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG). Dies führt letztlich nicht nur zu deutlichen Mehrbelastungen des städtischen Haushaltes, sondern in Einzelfällen auch zu deutlichen Zusatzbelastungen für Anlieger.

Nach dem aktuellen Kenntnisstand ist bestenfalls mit einer Entscheidung zur Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleiches noch in dieser Landtagswahlperiode zu rechnen, nicht jedoch mit einer Umsetzung. Im Übrigen werden nachhaltige finanzielle Verbesserungen für die Stadt Hünfeld, sofern sie überhaupt eintreten, eine Übergangszeit von ca. weiteren 4 bis 5 Jahren erfordern. Hieraus ergibt sich, dass die Stadt Hünfeld zumindest mittelfristig mit den finanziellen Rahmenbedingungen entsprechend dem aktuellen Finanzausgleich des Landes Hessen zurechtkommen muss.

Die Stadt Hünfeld gehört trotz ihrer Finanzschwäche zu den am geringsten verschuldeten Städten in Hessen und erhält keinerlei finanzielle Mittel aus den 3 Mrd. € des Kommunalen Schutzschirmes des Landes Hessen. Die Kreditverbindlichkeiten betragen zum 31.12.2010 vergleichsweise nur 3.310.726,00 € dies entspricht 207,06 € pro Einwohner.

4. Verbindliche Festlegung des Konsolidierungsziels

Konsolidierungsziel ist die Wiederherstellung des Haushaltsausgleiches im ordentlichen Ergebnis des Ergebnishaushaltes möglichst ab dem Haushaltsjahr 2014.

Ergänzend besteht die Zielsetzung zur Erreichung von Mehrgenerationengerechtigkeit, eine „echte“ Kapitaldeckung durch Finanzanlagevermögen bezogen auf aufgelaufene Verpflichtungen insbesondere im Bereich von Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für die städtischen Beamten zu realisieren. Gegenwärtig besteht diese weitgehend nur in Form von allgemeinem städtischem Vermögen (z. B. Bürgerhäuser, Straßen etc.), was praktisch nicht verwertbar ist. Von daher wird eine Umwandlung liquider Mittel (Umlaufvermögen) in Finanzanlagen (Anlagevermögen) angestrebt. Bilanztechnisch stellt dies einen Aktivtausch dar, der keine unmittelbaren Auswirkungen auf das ordentliche Ergebnis hat.

5. Konsolidierungsbedarf

Auf der Grundlage des Haushaltsplanes 2011 und der Entwicklung der finanziellen Rahmendaten bis etwa Mai 2011 wurde ein Konsolidierungsbedarf in Höhe von ca. 2,0 Mio. € ermittelt. Dieser wurde unter Berücksichtigung aktueller Prognosedaten und der für einen Haushaltsentwurf 2012 zu erwartenden Ertrags- und Aufwandsansätze ohne Berücksichtigung von Konsolidierungsmaßnahmen und sonstiger Besonderheiten, wie z. B. Einmalerträge, zwischenzeitlich auf **annähernd 2,4 Mio. €** fortgeschrieben.

Die vorliegenden Mittelanmeldungen zum Grundhaushalt 2012 berücksichtigen noch die zwischenzeitlich auch von den Kommunalen Spitzenverbänden als zu optimistisch eingeschätzte Einkommensteuerprognose nach der amtlichen Steuerschätzung vom Mai 2011 (+ 354.000,00 € gegenüber Haushaltsansatz 2011) und eine inflationsbedingte Erhöhung von Aufwendungen (ca. 2 % von 20 Mio.), somit 400.000,00 €

Im Einzelnen wurde der Konsolidierungsbedarf auf der Grundlage vorliegender Anmeldungen der Fachbereiche zum Grundhaushalt 2012 wie folgt ermittelt (jeweils gerundet auf Tausend Euro):

Ordentliches Ergebnis nach Mittelanmeldungen
(ohne mögliche Konsolidierungsmaßnahmen) = - 1.910.000 €

Zum Vergleich:
ordentliches Ergebnis im Haushaltsplan 2011 = - 2.553. 000 €

Neutralisierung Einmaleffekt
(Reduzierung Pensions-/ Beihilferückstellung infolge
Verlängerung Lebensarbeitszeit) = - 171.841 €

Somit ergibt sich ein Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis von = - 2.082.000 €

Hinzu kommen:

bisher nicht in Mittelanmeldungen berücksichtigte Belastungen
(Folgekosten Modernisierung Bahnhoftanlagen, Kostenerhöhungen
für Abwasser und Energie) = - 117.000 €

befürchtete Zusatzbelastungen (reduzierte Stiftungserträge
aufgrund Kapitalmarktentwicklung, steigende Umlagebelastungen)= - 200.000 €

somit fortgeschriebener Konsolidierungsbedarf
zum Grundhaushalt 2012: ca. – 2.399.000 €

Der Konsolidierungsbedarf würde sich unter Berücksichtigung prognostizierter Veränderungen von Erträgen und Aufwendungen bis zum Jahr 2016 sogar auf ca. 2.668.000 € erhöhen.

Es wird darauf hingewiesen, dass ohne die bereits vorhandene Entlastung des städtischen Haushaltes durch die Verlustsparten der Stadtwerke Hünfeld GmbH „Bäder“ und „Verkehr“ der Konsolidierungsbedarf im Jahr 2012 sogar ca. 3,0 Mio. € betragen würde.

6. Konsolidierungsfelder

Mögliche Konsolidierungsfelder wurden unter Berücksichtigung der vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport am 06.05.2010 erlassenen Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte- und Gemeinden ermittelt.

Der Haushaltskonsolidierungsbeirat empfiehlt, unter Berücksichtigung dieser Leitlinie folgende Eckpunkte anzustreben:

- a) Die Reduzierung von Aufwendungen soll möglichst 60 %, mindestens jedoch 50 %, bezogen auf den Gesamtkonsolidierungsbedarf umfassen.
- b) Die Ausschöpfung von Ertragsmöglichkeiten (Gebühren-, Steuersätze) soll auf möglichst nicht mehr als 40 %, maximal jedoch 50%, bezogen auf den Gesamtkonsolidierungsbedarf begrenzt werden.
- c) Die zum 31.12.2010 vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses des Ergebnishaushaltes in Höhe von ca. 7,6 Mio. € soll unter Beachtung der Generationengerechtigkeit zunächst nach Umwandlung in eine entsprechend zweckgebundene Rücklage für eine „echte“ Kapitaldeckung bestehender Pensions- und Beihilfeverpflichtungen (Aufbau Finanzanlagevermögen) eingesetzt werden. Nach gegenwärtiger Planung wird von einem Rückstellungsbedarf zum Ende des Jahres 2016 in Höhe von ca. 7,6 Mio. € ausgegangen. Nachdem gegenwärtig eine Kapitaldeckung von ca. 750.000 € besteht, sollen dieser Rücklage ca. 6.850.000 € bis einschließlich 2016 zugeführt werden.

Die verbleibende Rücklage aus ordentlichen Ergebnissen soll, soweit erforderlich, für ggf. eintretende unvorhersehbare und unabweisbare über- und außerplanmäßige Aufwendungen Verwendung finden. Sie soll ferner dazu eingesetzt werden, um von der Stadt Hünfeld nicht beeinflussbare Ertragsreduzierungen oder Aufwandserhöhungen, z. B. im Rahmen einer erwarteten Strukturreform des kommunalen Finanzausgleiches oder im Falle einer weiteren Anhebung der Kreis- und/oder Schulumlagehebesätze, (vorübergehend) ausgleichen zu können. Weiterhin soll sie in Anspruch genommen werden, sofern abhängig von der Kapitalmarktentwicklung niedrigere Zinserträge im Bereich der mit der Stadt Hünfeld kooperierenden Stiftungen, die kommunale Aufgaben maßgeblich wahrnehmen oder finanzieren (z. B. Kinder- und Jugendbetreuung), durch erhöhte Zuweisungen aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen werden müssen

- d) Die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen sollen zeitlich differenziert umgesetzt werden. Priorität erhalten Konsolidierungsmaßnahmen, die zu Aufwandsreduzierungen führen. Diese sollen möglichst vollumfänglich im Jahr 2012 umgesetzt werden. Notwendige Erhöhungen von Erträgen werden im Finanzplanungszeitraum 2012 bis 2015 **stufenweise** umgesetzt. Nähere Ausführungen folgen in diesem Bericht und sind zusammengefasst aus der **Anlage 2** ersichtlich.

Die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses beträgt zum 31.12.2010 ca. 1,7 Mio. €. Außerordentliche Ergebnisse haben sich insbesondere dadurch ergeben, dass die Verkaufspreise von Grundstücken oberhalb der bilanzierten Buchwerte lagen. Diese Überschüsse sollen nachrangig zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses eingesetzt werden, soweit sie nicht zur Finanzierung von unabweisbaren Investitionen oder zur vordringlichen außerordentlichen Tilgung von Krediten benötigt werden.

Beide Rücklagen stehen bei anhaltender Unterfinanzierung des Ergebnishaushaltes zum möglichen Ausgleich nur begrenzt als Deckungsmittel zur Verfügung. Sie können die notwendige Haushaltskonsolidierung nicht ersetzen.

7. Kostendeckung gemeindeeigener Einrichtungen

Die Stadt Hünfeld verfügt über folgende gemeindeeigene Einrichtungen, die teilweise oder überwiegend über Entgelte finanziert werden:

- a) 14 Vereins- oder Bürgerhäuser in den dörflichen Stadtteilen
- b) 12 städtische Friedhöfe in allen Stadtteilen mit Ausnahme von Mackenzell, Michelsrombach, Kirchhasel, Oberfeld und Oberrombach

Die Kostendeckungsgrade dieser öffentlichen Einrichtungen stellen sich auf der Grundlage der Ergebnisse des Haushaltsjahres 2010 wie folgt dar:

Friedhöfe	Kostendeckungsgrad = 97,2 %
Vereins- oder Bürgerhäuser	Kostendeckungsgrad = 12%

Der geringe Kostendeckungsgrad für Bürgerhäuser ergibt sich aus der unentgeltlichen Bereitstellung der entsprechenden Räumlichkeiten für Vereinsnutzungen ohne gastronomischen Charakter, insbesondere für Kulturvereine (Gesangvereine, Musikvereine), teilweise aber auch für sportliche Nutzungen (z. B. Gymnastik, Tischtennis). Bei der Abdeckung der Fehlbeträge durch allgemeine Steuermittel handelt es sich damit um eine umfängliche Vereinsförderung und damit eine wertvolle Maßnahme im Sinne des Leitbildes der Stadt Hünfeld.

Es sollte mittelfristig bei weiterem Konsolidierungsbedarf eine Beteiligung der Nutzer zumindest an den verbrauchsabhängigen Kosten in Betracht kommen.

8. Konsolidierungsmaßnahmen und Konsolidierungsziele

Auf der Grundlage des Haushaltes 2011 wurde einer detaillierte Analyse bis auf die Ebene der Produkte mit Ermittlung des produktbezogenen Zuschussbedarfes und möglicher Veränderungspotentiale im Bereich veränderbarer Erträge und Aufwendungen vorgenommen. Abhängig von der Aufgabenart wurde eine Zuordnung eines Produktes zu den Bereichen „freiwillige Aufgaben“ oder „Pflichtaufgaben“, diese wie-

derum unterteilt in Weisungsaufgaben, Selbstverwaltungsaufgaben sowie Gebührenhaushalte, vorgenommen. Sofern alle Produkte einer Produktgruppe der gleichen Aufgabenart zuzuordnen sind, erfolgte eine entsprechende Zuordnung auf der Ebene der Produktgruppe.

Abhängig von der Art der Aufgabe wurden unterschiedliche Konsolidierungsvorgaben und -ziele in finanzieller Hinsicht entwickelt. Alle Produkte oder Produktgruppen mit gleicher Aufgabenart wurden hinsichtlich der finanziellen Zielvorgaben gleich behandelt.

Die als **Anlage 3** beigefügte tabellarische Übersicht beinhaltet die entsprechend auf Produktebene dargestellten Informationen hinsichtlich Aufgabenzuordnung und Konsolidierungsziel.

Nach Auswertung dieser Übersicht besteht für alle der Aufgabenart „freiwillige Aufgaben“ zugeordneten Produkte ein Zuschussbedarf im ordentlichen Ergebnis von 1.730.448,00 € (siehe Gelbmarkierung in Anlage 3). Dieser Betrag stellt in voller Höhe ein theoretisch realisierbares Konsolidierungspotential dar, da es sich – wie ausgeführt – um freiwillige Aufgaben handelt. Faktisch wird jedoch eine Konsolidierung bezogen auf freiwillige Aufgaben in diesem Umfang als nicht umsetzbar angesehen, da dies mit sehr erheblichen Einschränkungen für viele Aufgaben in den Bereichen Kultur, Soziales und Freizeitgestaltung verbunden wäre und damit zu einer deutlichen Einschränkung der Wohnqualität und damit der interkommunalen Wettbewerbsfähigkeit führen würde.

Für den Bereich der „Selbstverwaltungsaufgaben“ besteht ein Zuschussbedarf von 6.625.608,00 €. Hiervon entfallen auf grundsätzlich (kurzfristig) beeinflussbare Erträge 1.687.520,00 € und auf (kurzfristig) beeinflussbare Aufwendungen 4.609.125,00 € (siehe Grünmarkierung in **Anlage 3**).

Für beide Aufgabenarten, d. h. freiwillige Aufgaben und Selbstverwaltungsaufgaben wurde als Konsolidierungsziel insgesamt eine Reduzierung der (kurzfristig) beeinflussbaren Aufwendungen in Höhe von 10 % formuliert. Im Bereich der freiwilligen Aufgaben wurde als Konsolidierungsziel bezogen auf die (kurzfristig) beeinflussbaren

Erträge eine Quote von 10 %, im Bereich der „Selbstverwaltungsaufgaben“ von 7 % entwickelt.

Im Hinblick auf eine strukturierte Erarbeitung von Konsolidierungsmaßnahmen wurde im Haushaltskonsolidierungsbeirat auf der Grundlage des als **Anlage 4** beigefügten Konzeptes eine 3-stufige Entscheidungsmatrix entwickelt. Entscheidungsrelevante Kriterien waren:

- a) Veränderbarkeit
 - Einflussmöglichkeit auf Veränderungen
 - Aufwand für Veränderungen

- b) Zielerreichung
 - finanziell
 - politisch

Die politische Zielerreichung wurde auf der Grundlage des von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Leitbildes der Stadt Hünfeld beurteilt. Dabei wurde untersucht, ob und ggf. welche negativen Auswirkungen eine konkrete Konsolidierungsmaßnahme auf die im Leitbild formulierten Ziele ausübt. Von daher wurde eine Wirkungskontrolle vorgenommen.

- c) Umsetzbarkeit

Abhängig vom möglichen Umsetzungstermin wurde zwischen kurzfristig, mittelfristig und langfristig unterschieden, wobei bis Ende 2012 umsetzbare Maßnahmen als kurzfristig, ab 2013 bis Ende 2015 umsetzbare Maßnahmen als mittelfristig und später umsetzbare Maßnahmen als langfristig gekennzeichnet wurden. Ferner wurde die politische Umsetzbarkeit bewertet.

Mit diesem System wurde eine objektivierte Grundlage zur Beurteilung möglicher Konsolidierungsmaßnahmen entwickelt.

Als **Anlagen 5 a bis d** sind fachbereichsbezogene Gesamtübersichten aller vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen mit Bewertung der entsprechenden Prüfungskriterien im Rahmen des 3-Stufen-Konzeptes beigefügt.

Die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen werden damit zeitlich, inhaltlich und auch hinsichtlich des Konsolidierungsvolumens dargestellt.

Bei einer statischen Betrachtung bezogen auf den Konsolidierungsbedarf des Jahres 2012 (ca. 2.399.000 €) könnte dieser anteilig durch Aufwandsreduzierungen in Höhe von ca. 1.446.400 € (= 60,3 %) ausgeglichen werden, sodass Ertragsverbesserungen von ca. 952.600 € (= 39,7%) erforderlich wären.

Insgesamt ergeben sich für den Zeitraum 2012 bis 2016 nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 2.726.700,00 €, wovon ca. 1.220.000,00 € (= 44,7 %) auf Erträge und 1.506.700,00 € (= 55,3 %) auf Aufwendungen entfallen. Der bis zum Jahr 2016 zu erwartende Konsolidierungsbedarf wird damit gedeckt.

Auf die Auflistung von rechtlich oder theoretisch möglichen Konsolidierungsmaßnahmen, die jedoch zur deutlichen Beeinträchtigung bezogen auf die Ziele aus dem Leitbild der Stadt Hünfeld führen würden oder deren Umsetzbarkeit nur sehr schwer vermittelt werden könnte, wurde in der Regel verzichtet. Sie wurden nur in Einzelfällen beispielhaft dargestellt.

Ergänzend werden nachfolgend einzelne mögliche Konsolidierungsmaßnahmen erläutert:

a) Gewinnausschüttungen der Stadtwerke Hünfeld GmbH

Nach der Gewinn- und Verlustrechnung 2010 der Stadtwerke Hünfeld GmbH erfordern die im Interesse des Gesellschafters betriebenen Verlustsparten Freibad, Hallenbad und Verkehr in der bisherigen Ausgestaltung einen Verlustausgleich von 620.921,78 € vor Steuern und nach Steuergutschrift in Höhe

von 446.520,31 €. Unter Berücksichtigung des in der Bilanz ausgewiesenen Eigenkapitals der Stadtwerke Hünfeld GmbH in Höhe von ca. 22 Mio. €, welches nur in vergleichsweise geringem Umfang auf die genannten Verlustsparten entfällt, ergibt sich bei einer Eigenkapitalverzinsung von 3 % eine Gewinnerwartung von ca. 660.000,00 €. Somit wird durch den Verlustausgleich vor Steuern faktisch eine angemessene Eigenkapitalverzinsung im Interesse des Gesellschafters erwirtschaftet. Von daher wird empfohlen, bis auf Weiteres auf eine Gewinnabführung der Stadtwerke Hünfeld GmbH an den städtischen Haushalt zu verzichten, um das Unternehmen Stadtwerke Hünfeld GmbH im Hinblick auf die Eigenkapitalquote nachhaltig zu stärken und die Marktfähigkeit im liberalisierten Energiemarkt zu sichern.

b) Folgekosten Bahnhof und Bahnhofsumfeld

Es wird angestrebt, die Folgekosten aus der Modernisierung des Bahnhofs mit Unterführung, Rampen und ergänzenden Flächen über eine vertragliche Regelung auf die Stadtwerke Hünfeld GmbH zu übertragen. Auch diese Maßnahme erscheint dauerhaft nur dann über die Stadtwerke Hünfeld GmbH finanzierbar, wenn nachhaltig ein Verzicht auf eine Gewinnausschüttung erfolgt und Unternehmensgewinne zur Stärkung des Eigenkapitals im Unternehmen verbleiben.

c) Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen verringern sich gegenüber dem Jahr 2011 erheblich um ca. 518.000,00 €. Ursächlich hierfür sind zunächst Reduzierungen im Stellenplan (Verzicht auf 1,0 VBE – früherer Stadtbaumeister, Reduzierung um 0,5 VBE im Fachbereich 2 - Fachdienst Jugend/Kultur/Soziales, Reduzierung um 0,25 VBE im Fachbereich 1 – Archiv) sowie weiterhin die Beendigung von Arbeitsverhältnissen mit vorübergehenden Verstärkungskräften, insbesondere im Fachbereich 3, und die Reduzierung von Altersteilzeitverträgen bzw. der Eintritt in die Freizeitphase bei bestehenden Altersteilzeitverträgen.

d) Verbandsumlage Zweckverband Hallenbad und Jugendzentrum

Erhöhte Verbandsumlagen des Zweckverbandes Hallenbad und Jugendzentrum, die je zur Hälfte von Stadt und Landkreis finanziell getragen werden, führen infolge einer Einbindung des Jugendtreffs Karl-Medler-Straße entsprechend der bestehenden Verbandssatzung mittelbar zu reduzierten Aufwendungen der Stadt Hünfeld im Rahmen der erforderlichen Zuweisungen an die St. Elisabeth-Stiftung für Kinderbetreuungsaufgaben in einer Größenordnung von ca. 90.000,00 €.

e) Veröffentlichung kirchlicher Nachrichten

Ein Verzicht auf die Veröffentlichung kirchlicher Nachrichten im Amtsblatt der Stadt Hünfeld kompensiert im Übrigen eintretende Kostenerhöhungen in Höhe von ca. 7.000,00 €.

f) Verkleinerung Stadtverordnetenversammlung und Ausschüsse

Die bereits vollzogene Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung von 37 auf 33 Mitglieder und die Verkleinerung des Haupt- und Finanzausschusses und des Bauausschusses von 11 auf 9 Mitglieder führt zu Minderaufwendungen von ca. 9.500,00 €.

g) Anpassung von veranschlagten Aufwendungen auf der Grundlage von Ergebnissen der Jahre 2009 und 2010

Veranschlagte Aufwendungen wurden in den vergangenen Haushaltsjahren teilweise nicht ausgeschöpft. Ursache hierfür kann entweder

a) der Verzicht auf die Umsetzung vorgesehener Maßnahmen

oder

b) die kostengünstigere Umsetzung vorgesehener Maßnahmen

sein.

Während im Einzelfall der Verzicht unter a) keine Konsolidierungsmaßnahme darstellt, stellt die kostengünstigere Umsetzung unter b) jeweils eine Konsolidierungsmaßnahme dar.

Die Reduzierung einer Vielzahl von veranschlagten Aufwendungen entsprechend der Ergebnisse der Jahre 2009 und 2010 umfasst ein Volumen von ca. 640.000 €. Ohne nähere Prüfung wird eingeschätzt, dass hiervon ca. 50 % des Volumens auf b) entfällt, sodass von einem Konsolidierungsvolumen von ca. 320.000,00 € ausgegangen wird.

h) Eigenkapitalverzinsung Eigenbetrieb Abwasseranlagen

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Eigenbetriebes Abwasseranlagen für das Wirtschaftsjahr 2010 weist einen Jahresgewinn in Höhe von 602.912,63 € aus. Damit wurde eine Eigenkapitalverzinsung von 2,2 % erreicht (bezogen auf den Mittelwert aus Eigenkapitalwerten zu den Bilanzstichtagen 31.12.2009 und 31.12.2010). Begünstigt wurde dieses Ergebnis durch Einmaleffekte im Geschäftsjahr 2010. Ohne diese Einmaleffekte würde die erzielte Eigenkapitalverzinsung ca. 1,5 % betragen. Der Magistrat hat bereits am 07.09.2011 beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, den Jahresgewinn 2010 in voller Höhe an den städtischen Haushalt abzuführen.

Es wird empfohlen, in den kommenden Jahren stufenweise eine höhere Eigenkapitalverzinsung durch Anhebung der Abwassergebühren zu erreichen. Durch eine Anhebung auf 2,3 % ab dem Jahr 2012 ergeben sich Mehrerträge für den städtischen Haushalt in Höhe von ca. 250.000 €. Ab dem Jahr 2013 wird eine Anhebung auf 3 % empfohlen, wodurch weitere Mehrerträge in Höhe von ca. 150.000 € generiert werden können. Es liegt bereits eine Beschlussfassung des Magistrats vom 07.09.2011 vor, wonach im Entwurf des Wirtschaftsplanes 2012 als Zielvorgabe eine Eigenkapitalverzinsung von 3,0 %, allerdings nicht – wie vom Landesrechnungshof vorgeschlagen - von 6 %, berücksichtigt wird. Es wird empfohlen, diesen Beschluss entsprechend zu modifizieren, nachdem die Betriebsleitung angekündigt hat, eine Finanzierung der nach den Vorgaben der Eigenkontrollverordnung des Landes ab 2012 beginnenden Untersuchung von privaten Grundstücksentwässerungsanlagen solidarisch über Gebühren vorzuschlagen und nicht individuell durch die untersuchungspflichtigen Grundstückseigentümer. Das hierfür notwendige Gebührenaufkommen wird auf ca. 150.000 € im Jahresdurchschnitt bei einer flächendeckenden Untersuchung von ca. 4.000 Grundstücken über einen Zeitraum von

10 Jahren eingeschätzt.

Die Ertragsverbesserung für den städtischen Haushalt würde bei einer 3%igen Eigenkapitalverzinsung gegenüber der Veranschlagung des Jahres 2011 ca. 400.000,00 € betragen, sofern die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Feststellung der Jahresabschlüsse jeweils eine Gewinnabführung in voller Höhe beschließt. Gleichzeitig entsteht abhängig von der Festsetzung der einzelnen Gebührenkomponenten ein Mehraufwand für die Straßenentwässerung von bis zu 50.000,00 €.

i) Hebesätze Gewerbesteuer sowie Grundsteuer A und B (Realsteuern):

Nach der vom Land erlassenen Konsolidierungsrichtlinie werden bei notwendiger Haushaltskonsolidierung Festsetzungen erheblich über den Landesdurchschnittswerten gefordert.

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer beträgt zurzeit 335 %. Für Kommunen zwischen 15.000 und 20.000 Einwohner beträgt der Bundesdurchschnitt 2010 352 % und der Landesdurchschnitt zurzeit noch 341 %. Zum 01.01.2013 wird eine Anhebung des Hebesatzes auf 350 % vorgeschlagen, wodurch Mehrerträge in Höhe von ca. 200.000,00 € generiert werden könnten. Zum 01.01.2014 wird dann eine Anhebung des Hebesatzes auf 370 % empfohlen, wodurch weitere Mehrerträge in Höhe von 270.000 € erwartet werden können. Durch die steuerlichen Verrechnungsmöglichkeiten mit der Einkommensteuer führt eine Anhebung in diesem Umfang und sogar bis zu einem Hebesatz von 380 % für die Gesellschafter von Personengesellschaften im Ergebnis bezogen auf sämtliche ertragsabhängigen Steuern nicht zu einer Mehrbelastung.

Der Hebesatz Grundsteuer B beträgt zurzeit 290 %. Für Kommunen zwischen 15.000 und 20.000 Einwohner beträgt der Bundesdurchschnitt 2010 341 % und der Landesdurchschnitt zurzeit noch 287 %. Vorgeschlagen wird eine Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer B zum 01.01.2015 auf 330 %, wodurch Mehrerträge in Höhe von 180.000,00 € basierend auf dem derzeitigen Aufkommen generiert werden können. Es ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt eine Vielzahl anderer vergleichbarer hessischer Kommunen

ebenfalls über Hebesätze in dieser Größenordnung verfügen wird.

Für die Grundsteuer A beträgt der Hebesatz zurzeit 260 %. Im Bundesdurchschnitt 2010 beträgt dieser für Kommunen zwischen 15.000 und 20.000 Einwohner 299 %, im Landesdurchschnitt 282 %. Es wird eine Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer A von 260 % auf mindestens 290 % zum 01.01.2012 vorgeschlagen, wodurch Mehrerträge in Höhe von ca. 11.000,00 € generiert werden können. Durch eine solch moderate Anhebung werden allerdings die erheblichen Aufwendungen in der Flächengemeinde für Feldwege, Grabenräumungen und Heckenrückschnitt angesichts eines Feldwegenetzes alleine von 1.000 km nicht gedeckt.

Zum 01.01.2015 wird dann eine Anhebung auf 330 % und damit ein gleicher Hebesatz wie für die Grundsteuer B empfohlen, da Gründe für eine Beibehaltung der bisher unterschiedlichen Hebesätze für die Grundsteuern A und B nicht ersichtlich sind.

j) Hundesteuer

Im Rahmen einer Änderung der Hundesteuersatzung ist eine Anpassung der Hundesteuersätze von im Schnitt 39,20 % (FB 2 angeben) sowohl für den Ersthund als auch weitere Hunde vorgesehen, wodurch Mehrerträge von 8.000,00 € erreicht werden sollen.

k) Sachkosten Verwaltung

Pauschale Mittelreduzierung für Büromaterial, Drucksachen, Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände sowie Zeitungen und Fachliteratur bei einem Ansatz von bisher 118.350,00 € um 15.000,00 €, u. a. durch Umstellung auf elektronische Medien und Verzicht auf einzelne Zeitschriften;

l) Zuweisung an St.-Elisabeth-Stiftung

Möglich ist eine Anpassung der Zuweisungen an die St. Elisabeth-Stiftung für Kinderbetreuungsaufgaben unter Berücksichtigung im Bereich der Stiftungen vorhandener Rücklagen, wobei das Konsolidierungsvolumen allerdings nur vorübergehend ca. 222.000,00 € beträgt, da es sich hierbei um die vorüberge-

hend mögliche Verwendung von Stiftungs-Rücklagen handelt, die von daher in die Gesamtbetrachtung nicht aufgenommen wurde.

m) Interkommunale Kooperationen

Möglichst ab dem Jahr 2013 ist neben der bereits vertraglich vereinbarten interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Brandschutz, wodurch ein Einsparpotential von ca. 6.000,00 € bis 7.000,00 € nachhaltig erwartet wird, von einem Synergieeffekt durch die vorgesehene Zusammenlegung von Buchhaltung, Kasse sowie Steuern- und Gebührenveranlagung innerhalb der Interkommunalen Arbeitsgemeinschaft „Hessisches Kegelspiel“ auszugehen. Bereits im Jahre 2012 soll ein Interkommunales EDV-Netzwerk implementiert werden. Mit der Projektierung wurde bereits begonnen. Hieraus zu erwartende Synergieeffekte sind im Rahmen der Mittelanmeldung 2012 noch nicht berücksichtigt.

Als Zielgröße wurde eine Aufwandsreduzierung für die Stadt Hünfeld aus den vorgenannten Interkommunalen Kooperationen in Höhe von insgesamt ca. 30.000,0 € formuliert.

n) Parkgebühren

Die Kommission für Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt, die Parkgebühren aufgrund des bisher sehr niedrigen, weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte liegenden Niveaus, um ab 01.01.2012 um 25 % anzuheben. Die erzielbaren Mehrerträge werden auf 18.750,00 € eingeschätzt.

o) Brandschutz

Die Brandschutzkommission schlägt vor, die Gebühren für die kostenpflichtigen Einsätze anzupassen. Unter Berücksichtigung weiterer einzelner Konsolidierungsvorschläge ergibt sich ein Konsolidierungsvolumen von insgesamt 20.190,00 €.

p) Jugend / Sport / Kultur / Senioren / Soziales / Partnerschaft und Tourismus

In der Kinder- und Jugendkommission, der Kulturkommission, der Sportkommission sowie der Kommission für Senioren und Soziales wurden Konsolidierungsvorschläge mit einem Gesamtvolumen von 160.799,00 € erarbeitet.

Auch Dank der Erträge aus der Bürger- und Unternehmensstiftung liegt die Sportförderung wie auch die Kulturförderung selbst nach der Umsetzung dieser Konsolidierungsvorschläge im oberen Bereich vergleichbarer Städte und Gemeinden im Landkreis Fulda und in Hessen. Dies gilt insbesondere für die verbleibende überdurchschnittliche Subventionierung pro Einwohner der Nutzung von Sporthallen durch Vereine. Hier bleibt auch nach der vorgesehenen Umsetzung einer moderaten Kürzung der städtischen Zuwendungen die Stadt Hünfeld absoluter Spitzenreiter im Landkreis Fulda. Es ist vorgesehen, weiterhin die Bürgerhäuser unentgeltlich für Übungsabende der Kulturvereine und sonstige gemeinnützige Nutzungen ohne gastronomisches Angebot bereitzustellen.

q) Kinderfreundliche Eigenheimförderung

In den vergangenen Jahren stand jeweils ein Haushaltsansatz in Höhe von 42.000,00 € zur Verfügung. Im Haushaltsjahr **2009 wurden 47.000,00 €** in **2010 33.000,00 €** aufgewandt.

Da die Zahl der verkauften Bauplätze mit 12 bis 14 nahezu konstant war, sind die relativ großen Schwankungen durch die unterschiedlichen familiären Verhältnisse (Anzahl der Kinder) zu erklären.

Grundsätzlich ergibt sich für diese freiwillige Leistung ein Konsolidierungspotential von 35.000,00 € durch einen komplettem Wegfall der Eigenheimförderung.

Gespräche mit den Grundstücksinteressenten zeigen aber immer wieder, dass die städtische Eigenheimförderung sehr positiv gesehen wird. Sie ist zugleich ein wichtiges Instrument im interkommunalen Wettbewerb und die Ansiedlung von Neubürgern.

Bisher erhalten die Eigenheimförderung nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch Einzelpersonen und Ehepaare. Insofern wird vorgeschlagen, dass zukünftig die Förderung nur noch auf Familien mit Kindern beschränkt wird. Dies entspricht auch den Förderbedingungen der Nachbarkommunen bzw. anderer Gemeinden im Landkreis Fulda.

Unter Berücksichtigung der Verkaufszahlen der vergangenen Jahre wird eine dauerhafte Reduzierung des Ansatzes um 14.000,00 € auf 28.000,00 € vorgeschlagen.

Die tatsächliche Einsparung hängt aber letztlich von der Zahl der verkauften Grundstücke und der Familienstruktur der Käufer ab.

r) Mulcharbeiten und Vermessung in städtischen Baugebieten

Im Rahmen der Durchführung von entsprechenden Mulcharbeiten handelt es sich dem Grunde nach um eine freiwillige Leistung der Stadt Hünfeld. Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass in den Baugebieten drei Mulchdurchgänge pro Jahr ausreichen, um eine Mindestpflege, insbesondere bezogen auf ein attraktives bzw. vermarktungsförderndes Erscheinungsbild, aber auch hinsichtlich nachbarschaftlicher Interessen, sicherzustellen.

Hierfür liegt eine Auftragsvergabe an ein heimisches Unternehmen vor, mit einem Jahresvolumen von gegenwärtig 7.500,00 €. Dies stellt insofern das theoretische Konsolidierungspotential dar.

Bezüglich dieser Thematik hat die Umweltkommission in ihrer Sitzung am 13.09.2011 gebeten, dass der Magistrat sich kritisch mit dieser Frage befasst und auch prüft, ob die Anzahl der Mulchdurchgänge reduziert werden kann.

Da, wie ausgeführt, die durchgeführten Mulcharbeiten in Baugebieten bereits auf ein Mindestniveau reduziert sind, wird empfohlen, hier keine weitere Konsolidierung vorzunehmen.

Aufgrund des nicht vorzusehenden Verkaufs von Grundstücken in „Alt“-Baugebieten sowie aufgrund von Verpachtung einzelner Bauplätze kann hier

trotzdem ein Konsolidierungspotential generiert werden. Dieses summiert sich in Verbindung mit der Reduzierung der Vermessungsleistungen (Wegfall der Abmarkungspflicht) auf insgesamt ca. 10.500,00 €.

s) städtische Mietwohnungen

Hier ist vorgesehen, den jeweiligen Instandsetzungsansatz dauerhaft zu reduzieren. Dies ist angesichts des erreichten baulichen Zustandes durch erhebliche Sanierungs- und Erhaltungsaufwendungen der letzten Jahre, verstärkt durch Konjunkturprogramme ohne Vernachlässigung der Bausubstanz möglich. Allerdings wird nicht mehr jedem den Wunsch nach Schönheitsreparaturen zeitnah entsprochen werden können. Insofern besteht allerdings die Möglichkeit im Rahmen von Eigenleistungen ergänzend tätig zu werden. Das Einsparpotential wird in einer Größenordnung von 5.450,00 € gesehen.

t) Bedürfnisanstalten

Die Stadt Hünfeld hält gegenwärtig fünf öffentliche Toilettenanlagen in der Kernstadt vor. Hieraus ergeben sich grundsätzlich gestaltbare Jahresgesamtaufwendungen jährliche Gesamtaufwendungen in einem Volumen von rund 30.000,00 €. Hinzu kommen noch ständige Vandalismusschäden. In jüngerer Vergangenheit gibt es fast wöchentlich einen neuen Vandalismusschaden an einer der fünf Bedürfnisanstalten.

Bei Schließung aller Toilettenanlagen würde sich (abzüglich Vorhaltekosten für eine bedarfsweise Öffnung) ein entsprechendes theoretisches Einsparvolumen ergeben.

Eine Umsetzung dieser Maßnahme signifikante negative Auswirkungen auf das städtische Leitbild ergeben. Eine solche Maßnahme würde allerdings erhebliche negative Auswirkungen bezogen auf die Standortqualität haben und im Widerspruch zum städtischen Leitbild stehen.

Es wird daher vorgeschlagen, lediglich zwei Toilettenanlagen, nach Vorschlag des Fachbereiches die Anlage „An der Hainmauer“ (bisher ganzjähriger Betrieb) und die Toilettenanlage im Bürgerpark/ Klosterstraße (derzeit Sommerbetrieb), komplett zu schließen und nur noch für besondere Anlässe, z. B. „Frühlings- oder Martinsmarkt“, bzw. „Klosterparkfest“, „Kinderaktionstag“ oder „Konzert im Park“ zu öffnen.

Hierzu besteht noch Diskussionsbedarf unter Berücksichtigung der Beratung in der Stadtmarketingkommission. Diese sieht ebenfalls grundsätzlich Einsparpotential angesichts der weit überdurchschnittlichen Ausstattung der Stadt Hünfeld mit öffentlichen WC-Anlagen. Allerdings sollen den genannten Vorschlägen der Verwaltung in diesem Bereich noch einmal andere Einsparmöglichkeiten gegenübergestellt werden. Es ist vorgesehen unter Einbindung des Vorstandes von City-Marketing zu einer abschließenden Entscheidung zu kommen. Hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf die in jüngster Zeit dramatisch gestiegenen Vandalismusschäden gelegt werden.

Der Vorschlag der Verwaltung führt zu einem voraussichtlichen Einsparvolumen in Höhe von ca. 5.550,00 €, das in diesem Bereich umgesetzt werden soll.

u) Gemeindestraßen

Die Straßenunterhaltungsmaßnahmen sollen dauerhaft um jährlich rund 80.000,00 € reduziert werden. Darüber hinaus wird die Reduzierung der Brücken- und sonstiger Unterhaltungskosten um 27.000,00 € vorgeschlagen. Allerdings ist aber zu berücksichtigen, dass bei frost- und schneereichen Wintern, wie beispielsweise im letzten Winter, sich die Notwendigkeit ergeben kann, insbesondere mit Blick auf die Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht, überplanmäßige Mittel bereit zu stellen. Insgesamt müssten sich allerdings die weiter vorgesehenen Haushaltsmittel im Jahresdurchschnitt auskömmlich sein.

Die Reduzierung der Straßenunterhaltungsansätze kann zumindest mittelfristig ohne Auswirkungen auf die Qualität des Straßennetzes erfolgen. Dies ergibt sich aus den überdurchschnittlich vielen grundhaften Straßenerneuerungsinvestitionen der letzten Jahre im Rahmen des sog. Rot-Grünen-Programmes in Verbindung mit dem Eigenbetrieb Abwasseranlagen. Es ist zudem in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, in ausreichendem Umfang derartige Erneuerungsmaßnahmen zur Vermeidung eines Investitionsstaus vorzunehmen.

Es kommt hinzu, dass durch das sog. Schlaglochprogramm, verstärkt durch erhebliche Eigenmittel gerade im Haushaltsjahr 2011, mit Restmaßnahmen in 2012 und 2013 ein umfängliches Sonderprogramm für Straßenunterhaltungsmaßnahmen in der Stadt Hünfeld gestaltet wurde. Hierdurch wurde und wird die Lebensdauer - soweit wirtschaftlich jeweils vertretbar - zahlreicher Stadtstraßen deutlich über den Abschreibungszeitraum (35 Jahre) verlängert.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich das städtische Straßennetz in Hünfeld im Vergleich zu anderen Kommunen in einem vergleichsweise guten Zustand befindet. Damit ist weiterer Sanierungsbedarf nicht in dem Umfang vorhanden, wie dies bei vielen anderen Kommunen der Fall ist.

Auf Empfehlung der Umweltkommission soll die Straßenbeleuchtung auf andere Energiespar-Leuchtmittel umgestellt und darüber hinaus soll die nächtliche Leuchtdauer um 1 Stunde reduziert werden. Unter Berücksichtigung entsprechender Investitionen (AfA) ergibt sich eine jährliche Netto-Entlastung des Ergebnishaushaltes um rund 37.400 €.

Die Mähschnitte entlang von Rad- und Fußverbindungswegen sollen reduziert werden. Dadurch kann ein jährliches Einsparpotential von rd. 5.000,00 € erreicht werden.

v) Stadtreinigung

Hier ergeben sich nicht gebührenpflichtige Aufwendungen unter Berücksichtigung des aktuellen Ausschreibungsergebnisses in einem Volumen von ca. 40.000,00 €.

Insbesondere geht es hierbei um die regelmäßige Entleerung von Papierkörben sowie um die Reinigung der Containerstellplätze.

Das günstigere Ausschreibungsergebnis führt zu einer nachhaltigen Aufwandsminimierung für die Stadt von jährlich rund 7.000,00 €, bezogen auf den aktuellen Ansatz in 2011 bzw. der Ansätze der Vorjahre. Außerdem ist geplant, die Reinigungsondereinsätze zu reduzieren (Einsparung: 2.000,00 €, auch für die Gebührenzahler sind ab 2012 die nun möglichen Kostenentlastungen aufgrund der Neuausschreibung umzusetzen).

Das allgemein anerkannte besonders attraktive Erscheinungsbild der Stadt Hünfeld im Bezug auf Sauberkeit, was durchaus auch als ein wesentliches Kernziel des Leitbildes erachtet wird, werden keine weiteren Einschränkungen im Bereich dieser freiwilligen Leistungen vorgeschlagen. Dies entspricht auch der Empfehlung der Stadtmarketingkommission.

w) Öffentlicher Grün- / Landschaftsbau

Durch die vertretbare Reduzierung von Blumenkübeln im Innenstadtbereich und kostengünstigere Bepflanzungen der Blumenbeete durch eine verstärkte Verwendung pflegeleichter Dauerbepflanzungen kann eine jährliche Aufwandsminimierung von rd. 5.000,00 € erreicht werden.

Eine Reduzierung von Reinigungsdurchgängen, teilweise ermöglicht durch veränderte Bepflanzungen, würde ein weiteres Einsparpotential von rd. 3.500,00 € erbringen.

Auch Pflegedurchgänge, insbesondere Mulch- und Mähschnitte für Grünflächen und Unterhaltungsmaßnahmen für die wassergebundenen Wege sowie Plätze im Bürgerpark bzw. am Hasensee sollen aufgrund der Empfehlung der Umweltkommission reduziert werden (Einsparungen in Höhe von rund 11.000,00 €).

Schließlich soll die Anzahl von Ruhebänken minimiert werden (Einsparungen von rund 6.000,00 €).

Insgesamt soll versucht werden, verstärkt die Bürgerschaft einzubinden durch die Übernahme von Patenschaften.

x) Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche

Durch Einsparungen bei Pflege- und Unterhaltungsaufwendungen kann ein Konsolidierungsvolumen in Höhe von 5.000,00 € erreicht werden.

Allerdings ist bei zunehmenden Starkregenereignissen und/oder neuen Vorgaben resultierend aus der Wasserrahmenrichtlinie nicht auszuschließen, dass künftig doch wieder mit höheren Aufwendungen in diesem Sektor gerechnet werden muss.

y) Land- und Forstwirtschaft

Entsprechend der Empfehlung der Umweltkommission sollen Pachtzinsen marktgerecht Zug-um-Zug angepasst werden. Hierdurch werden jährlich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 2.000,00 € ab 2013 erwartet.

Aufgrund der Hinweise des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, dass neue Musterverträge durch das Finanzministerium entwickelt wurden, soll eine Anpassung städtischer Pachtverträge bezüglich Mobilfunkmasten, die auf landwirtschaftlichen Flächen stehen, erfolgen.

Hieraus ergibt sich ein zusätzliches Einnahmepotential pro Jahr in Höhe von rund 3.000,00 € ab 2013.

Im landwirtschaftlichen Wegebau und bei Heckenrückschnitten wird ein Einsparvolumen von 35.000,00 € seitens der Umweltkommission als möglich gesehen. Dies resultiert aus den in den letzten Jahren vorgenommenen Optimierung der Wegenetze und der Schaffung größerer Bewirtschaftungseinheiten sowie aufgrund von Investitionen im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren mit städtischen Kostenbeteiligungen zur Verbesserung des Wegenetzes.

Bezogen auf den Stadtwald ergeben sich unter Berücksichtigung der Beratungen in der **Forstkommission** keine Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung; dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Bewirtschaftung im Rahmen einer zehnjährigen Forstbetriebseinrichtung, die quasi als kostenrechnende Einrichtung geführt wird, erfolgt.

z) Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen

Die Bürger- und Vereinshäuser der Stadt Hünfeld verzeichnen hier – wie auch in den sonstigen Kommunen - den höchsten Fehlbetrag in einem Gebührenhaushalt mit einer Deckungsquote von i. d. R. nur 12 %. Trotz allgemeiner Preisentwicklung, insbesondere bei den Energiekosten, sind die Nutzungsentgelte seit 10 Jahren nicht mehr angepasst worden. Insofern erfolgt der Vorschlag einer moderaten Anpassung der Nutzungsentgelte und insbesondere der Nebenkostenpauschalen generell um 10 %.

In diesem Zusammenhang wird auch auf ähnliche Maßnahmen und Entscheidungen von Nachbarkommunen (z. B. Eiterfeld) verwiesen. Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Nutzungen der vergangenen Jahre ergibt sich hier ein zusätzliches Ertragspotential pro Jahr in Höhe von 1.500,00 €.

Hinsichtlich der städtischen Gebäude ist ergänzend anzumerken, dass aufgrund teilweise umfangreicher Verbesserungs- und Erneuerungsinvestitionen vergangener Jahre (z. B. im Rahmen des Konjunkturprogramms) nunmehr Folgekosten resultieren (z. B. Abschreibung oder auch erforderliche Wartungen), die nicht mehr beeinflusst werden können.

Analog der städtischen Mietwohnungen gilt auch hier, dass zukünftig nicht mehr jedem Wunsch nach Schönheitsreparaturen zeitnah entsprochen werden kann. Vielmehr erfolgt eine Realisierung unter Berücksichtigung einer im Aufbau befindlichen einheitlichen Prioritätenliste, sofern nicht Eigenleistungen erbracht werden.

Ergänzend wird über die eingegangenen **Bürgervorschläge** bzgl. möglicher Konsolidierungsmaßnahmen und hierzu vorliegende Hinweise der Verwaltung auf der Grundlage der **Anlage 6** informiert. In einzelnen Fällen ist die Überprüfung noch nicht abgeschlossen, teilweise sind die Vorschläge deckungsgleich mit berücksichtigten Einsparvorschlägen aus der Verwaltung.

Nachdem auch die **Ortsbeiräte** um konstruktive Vorschläge im Hinblick auf mögliche Konsolidierungsmaßnahmen gebeten wurden, liegen zwischenzeitlich entsprechende Rückmeldungen vor. Entsprechende Vorschläge haben insbesondere die Ortsbeiräte Malges und Sargenzell eingereicht, über die anhand der als **Anlagen 7a und b** beigefügten Protokollauszüge informiert wird. Diese Vorschläge sind noch abschließend auszuwerten.

9. Zielkontrolle/Dokumentation

Der Haushaltskonsolidierungsbeirat ist der Auffassung, dass die Haushaltskonsolidierung einen Prozess und damit eine Daueraufgabe für Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Verwaltung darstellt. Er empfiehlt, auf der Grundlage vorliegender Ergebnisrechnungen jeweils jährlich eine Evaluation auf der Ebene der beteiligten Gremien (z.B. Kommissionen) und im Rahmen anstehender Haushaltsberatungen vorzunehmen.

10. Ausblick und Prognose

Der Haushaltskonsolidierungsbeirat ist zuversichtlich, dass vorbehaltlich nicht beeinflussbarer staatlicher Maßnahmen, die zu weiteren deutlichen Ertragseinbußen oder erheblichen Aufwandserhöhungen für die Kommunen führen, mit dem vorliegenden präventiven Haushaltskonsolidierungskonzept eine solide Grundlage für die Haushaltswirtschaft der kommenden Jahre gelegt werden kann. Dabei sollte ein wesentlicher Aspekt im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik, nämlich das Prinzip der Generationengerechtigkeit, nachhaltig beachtet werden, wonach heutige Generationen möglichst heute entstehende Aufwendungen finanzieren und diese nicht in die Zukunft zu Lasten zukünftiger Generationen verlagert werden.

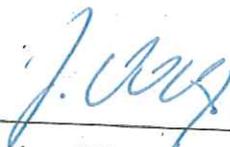
Der Haushaltskonsolidierungsbeirat bittet um eine konstruktive Beratung dieses präventiven Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Er empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, das vorliegende Konzept zu beschließen und in den städtischen Haushalten ab dem Jahr 2012 zu berücksichtigen.

Hünfeld, den 24.10.2011

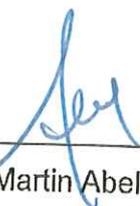
Die Mitglieder des Haushaltskonsolidierungsbeirates



Michael Müller
Vorsitzender



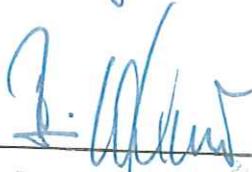
Josef Vogt



Martin Abel



Sylvia Göbel



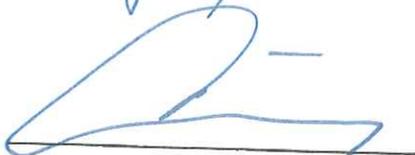
Rainer Wehner



Tatjana Koch



Gerhard Seiler



Armin Tiemann

Rücklage aus ordentlichen Ergebnissen des Ergebnishaushaltes zum 31.12.1011: ca.					8.000.000	
	Ergebnishaushalt					Hinweise
	2012	2013	2014	2015	2016	
Erträge						
ordentliche Erträge ohne Konsolidierung und ohne Einmaleffekte	21.837.576	21.837.576	22.537.576	23.137.576	23.637.576	
prognostizierte Veränderungen						
Schlüsselzuweisungen nach KFA-Strukturreform			0	0	0	keine Veränderung vor 2016 zu erwarten
Einkommensteueranteil		200.000	200.000	200.000	200.000	geringfügig unter amtlicher Steuerschätzung Mai 2011
Gewerbsteuer (ohne Änderung Hebesatz)		500.000	400.000	300.000	300.000	
Summe Veränderungen	0	700.000	600.000	500.000	500.000	
ordentliche Erträge ohne Konsolidierung, mit prognostizierten Veränderungen	21.837.576	22.537.576	23.137.576	23.637.576	24.137.576	
Konsolidierungsmaßnahmen Vorjahre		373.740	755.490	1.025.490	1.219.990	
ordentliche Erträge mit Konsolidierungsmaßnahmen aus Vorjahren, mit prognostizierten Veränderungen	21.837.576	22.911.316	23.893.066	24.663.066	25.357.566	
Veränderungen durch Konsolidierungsmaßnahmen						
FB1						
It. Konsolidierungsübersicht (Anlage 5a zum Abschlussbericht)						
Erhöhung Abwassergebühren auf Basis EK-Verzinsung 2,3%	250.000					
Erhöhung Abwassergebühren auf Basis EK-Verzinsung 3%		150.000				
Erhöhung Gewerbesteuer von 335 % auf 350% (Landesdurchschnitt 2010 für Kommunen zw. 15.000 und 20.000 Ew.: 341 %)		200.000				Stadt Fulda 2011: 380 %
Erhöhung Gewerbesteuer von 350 % auf 370%			270.000			
Erhöhung Grundsteuer A von 260 % auf 290 % (Landesdurchschnitt 2010 für Kommunen zw. 15.000 und 20.000 Ew.: 282 %)	11.000					Stadt Fulda 2011: 220 %
Erhöhung Grundsteuer A von 290 % auf 330 %				14.500		
Erhöhung Grundsteuer B von 290 % auf 330 % (Landesdurchschnitt 2010 für Kommunen zw. 15.000 und 20.000 Ew.: 287 %)				180.000		Stadt Fulda 2011: 330 % Hebesatz Hünfeld Grundsteuer B bereits höher als Landesdurchschnitt 2010, aber: Anstieg ist zu erwarten
Erhöhung Hundesteuer	8.000					
Erhöhung Spielapparatesteuer	2.000					
sonstige Maßnahmen	460					
FB 2 allg.						
It. Konsolidierungsübersicht (Anlage 5b zum Abschlussbericht)	25.510	18.750				
FB 2 JKS						
It. Konsolidierungsübersicht (Anlage 5c zum Abschlussbericht)	1.920	8.000				
FB 3						
It. Konsolidierungsübersicht (Anlage 5d zum Abschlussbericht)	74.850	5.000				
Konsolidierungsmaßnahmen Erträge insgesamt	373.740	381.750	270.000	194.500	0	
ordentliche Erträge mit Konsolidierung	22.211.316	23.293.066	24.163.066	24.857.566	25.357.566	

	Ergebnishaushalt					Hinweise
	2012	2013	2014	2015	2016	
Aufwendungen						
ordentliche Aufwendungen ohne Konsolidierung	23.919.573	24.236.573	25.009.573	25.641.573	26.253.573	
prognostizierte Veränderungen						
inflationsbedingt		400.000	400.000	400.000	400.000	
bisher nicht im Entwurf berücksichtigte Folgekosten aus Modernisierung Unterführung/Rampen Bahnhof	80.000					
bisher nicht im Entwurf berücksichtigte Kostenerhöhung Amtsblatt	7.000					
Abwassergebühren und Energie	30.000					
Gewerbesteuerumlage		103.000	82.000	62.000	62.000	
Mehraufwendungen Kreis-/Schulumlage	146.000	150.000	150.000	150.000	90.000	bei Erhöhung Steuerkraft
Zuweisung an Stiftungen bei Reduzierung Zinserträge Stiftungen (Folge der Kapitalmarktentwicklung)	54.000	120.000				
Summe prognostizierte Veränderungen	317.000	773.000	632.000	612.000	552.000	
ordentliche Aufwendungen ohne Konsolidierung, mit prognostizierten Veränderungen	24.236.573	25.009.573	25.641.573	26.253.573	26.805.573	
Konsolidierungsmaßnahmen Vorjahre		-1.446.354	-1.479.254	-1.494.254	-1.499.254	
ordentliche Aufwendungen mit Konsolidierungsmaßnahmen aus Vorjahren, mit prognostizierten Veränderungen	24.236.573	23.563.219	24.162.319	24.759.319	25.306.319	
Veränderungen durch Konsolidierungsmaßnahmen						
FB1						
lt. Konsolidierungsübersicht (Anlage 5a zum Abschlussbericht)						
Personal- / Versorgungsaufwendungen	-518.054					
Jugendtreff Karl-Medler-Straße: 50 % Kostenbeteiligung Landkreis (führt im Ergebnis zu reduzierten Aufwendungen für Kinderbetreuung)	-57.760					
Vollkostendeckung Schulbad Hallenbad durch Landkreis (führt im Ergebnis zu reduzierten Aufwendungen für Kinderbetreuung)	-33.000					
Kostenanteil Straßenentwässerung	50.000	19.000				
Verkleinerung Stadtverordnetenversammlung von 37 auf 33 Mitglieder und Verkleinerung HuF und BA von 11 auf 9 Mitglieder	-9.500					
sonstige Maßnahmen	-17.930					
weitere Maßnahmen - nicht in Konsolidierungsübersicht aufgeführt						
Kostenträgerschaft Stadtwerke für Folgekosten aus Modernisierung Unterführung/Rampen Bahnhof	-80.000					
Verzicht auf Veröffentlichung kirchlicher Nachrichten im Amtsblatt	-7.000					
Umrüstung Leuchtmittel Straßenbeleuchtung	-21.400					
Reduzierung Leuchtdauer Straßenbeleuchtung um 1 Stunde	-16.000					
Kostenunterschreitungen nach Umsetzung vorgesehener Maßnahmen (Konsolidierung) --> Anpassung Ansätze 2012 an Ergebnisse 2009/2010	-320.630					
Interkommunale Kooperation Finanzwesen/EDV		-30.000	-15.000	-5.000	-5.000	
FB 2 allg.						
lt. Konsolidierungsübersicht (Anlage 5b zum Abschlussbericht)	-52.436	-9.100				
FB 2 JKS						
lt. Konsolidierungsübersicht (Anlage 5c zum Abschlussbericht)	-145.429	-6.000			-2.500	
FB 3						
lt. Konsolidierungsübersicht (Anlage 5d zum Abschlussbericht)	-217.215	-6.800				
Konsolidierungsmaßnahmen Aufwendungen insgesamt	-1.446.354	-32.900	-15.000	-5.000	-7.500	
ordentliche Aufwendungen mit Konsolidierung	22.790.219	23.530.319	24.147.319	24.754.319	25.298.819	

	Ergebnishaushalt					Hinweise
	2012	2013	2014	2015	2016	
ordentliches Ergebnis						
- ohne Konsolidierung	-2.398.997	-2.471.997	-2.503.997	-2.615.997	-2.667.997	
- mit Konsolidierung	-578.903	-237.253	15.747	103.247	58.747	
Ausgleich durch Rücklage aus ordentlichen Ergebnissen des Ergebnishaushaltes	578.903	237.253	-15.747	-103.247	-58.747	
Bestand Rücklage aus ordentlichen Ergebnissen des Ergebnishaushaltes ca.	7.421.097	933.844	759.590	722.837	631.584	
Umwandlung in zweckgebundene Rücklage für Aufbau Kapitaldeckung Pensions- / Beihilferückstellung	-6.250.000	-190.000	-140.000	-150.000	-120.000	Einzahlungstermine in KVR-Fonds abhängig von Kapitalmarktentwicklung
verbleibender Bestand Rücklage aus ordentlichen Ergebnissen des Ergebnishaushaltes ca.	1.171.097	743.844	619.590	572.837	511.584	
Entwicklung Pensions-Beihilferückstellung (jeweils 31.12. e.J.) - Prognose						
31.12.2011						
6.926.771	7.058.585	7.190.000	7.330.000	7.480.000	7.600.000	
KVR-Fonds (jeweils 31.12. e.J.) - Zuwachs durch Inanspruchnahme Rücklage)						
31.12.2011						
750.000						
Veränderung	6.250.000	190.000	140.000	150.000	120.000	
Stand 31.12.	7.000.000	7.190.000	7.330.000	7.480.000	7.600.000	
Nachrichtlich:						
Anlagestruktur KVR-Fonds 31.03.2011						
Rentenpapiere	66,90%					
Aktien	26,40%					
Kassenposition	6,70%					
Gesamt	100,00%					
Wertentwicklung						
im Jahr 2008	-2,53%					
im Jahr 2009	7,36%					
im Jahr 2010	3,63%					

Haushaltsdaten 2011			Art der Aufgabe		ordentliches Ergebnis		Erträge								Aufwendungen							Zielgröße Konsolidierung Gesamt					
Produktbereich	Produktgruppe	Produktbereich/-gruppe	Pflicht	freiwillig	absolut		insgesamt	oder nicht kurzfristig beeinflussbar	davon (kurzfristig) beeinflussbar			ggf. eingeschränkt beeinflussbar				insgesamt	davon nicht oder nicht kurzfristig beeinflussbar			davon (kurzfristig) beeinflussbar			ggf. eingeschränkt beeinflussbar				
					Produktbereich	Produktgruppe			Produkt	(10)	Auflösung SoPo (08)	privatrechtliche Entgelte (01)	öffentlich-rechtliche Entgelte (02)	Kostenersatzleistungen und Erstattungen (3)	Bestandsveränderungen und andere akt. Eigenl. (4)		Steuern steuerähn. Ertr.einschl. Ertr. aus ges. Uml. (5)	Erträge aus Transferleistungen (6)	Ertr.a Zuweisgn. u. Zusch.f. lfd. Zwecke u. allg. Uml. (7)	Sonstige ordentliche Erträge (9)	(19)			Personalkosten (11)	Versorgungsaufwendungen (12)	Abschreibungen (14)	Steueraufw. einschl. Aufw. a. ges. Uml. v. erpf. (16)
1		Innere Verwaltung				-4.599.539		1.567.782	3.452	1.169.650	0	284.680	0	0	0	110.000	6.167.321	3.785.700	592.707	166.264	0	1.553.110	59.080	0	10.460		
111		Verwaltungssteuerung und -service				-4.599.539		1.567.782	3.452	1.169.650	0	284.680	0	0	0	110.000	6.167.321	3.785.700	592.707	166.264	0	1.553.110	59.080	0	10.460		
	191	Geschäftsführung und Betreuung politische Gremien		x		-150.780	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.780	0	0	0	0	0	141.900	8.880	0	0	15.076	
	192	Dienstleistungen Verwaltung		x		-4.403.999	364.632	3.452	4.700	0	278.680	0	0	0	0	77.800	4.768.631	2.967.700	592.707	78.064	0	1.096.700	31.200	0	2.260	134.228	
	193	Dienstleistungen Hilfsbetriebe		x		32.240	1.168.150	0	1.169.950	0	6.000	0	0	0	0	32.200	1.165.910	818.000	0	88.200	0	251.510	0	0	8.200	107.576	
	194	Öffentlichkeitsarbeit (Repräsentationen, Ehrungen, Patent-/Partnerschaften, Werbung)		x		-77.000	5.000	0	5.000	0	0	0	0	0	0	82.000	0	0	0	0	0	63.000	19.000	0	0	6.700	
2		Sicherheit und Ordnung				-475.363		463.821	101.671	3.500	299.850	47.700	0	0	100	100	939.184	73.300	0	182.699	0	537.185	146.000	0	0		
	121	Statistik und Wahlen		x		-42.200	500	0	0	0	500	0	0	0	0	42.700	0	0	0	0	0	42.700	0	0	0	2.160	
	122	Ordnungsangelegenheiten				20.949	319.241	591	3.500	299.850	4.200	0	0	0	100	100	298.292	0	0	24.102	0	170.820	103.370	0	0		
	191	Ordnungsangelegenheiten des Magistrats		x		15.102	109.141	591	3.500	89.850	4.200	0	0	0	100	0	94.039	0	0	10.849	0	81.470	1.720	0	0	16.369	
	192	Ordnungsangelegenheiten des Bürgermeisters		x		5.847	210.100	0	0	210.000	0	0	0	0	0	204.253	0	0	13.253	0	69.350	101.650	0	0	0	20.050	
	126	Brandschutz		x		-449.507	144.080	101.080	0	0	43.000	0	0	0	0	593.587	73.300	0	155.492	0	323.665	41.130	0	0	0	39.490	
	128	Katastrophenschutz		x		-4.605	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4.605	0	0	3.105	0	1.500	0	0	0	0	150	
4		Kultur und Wissenschaft				-280.600		32.364	4.964	27.100	300	0	0	0	0	312.964	2.000	0	36.314	0	166.250	108.400	0	0	0		
	252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen		x		-68.489	0	0	0	0	0	0	0	0	0	68.489	0	0	20.039	0	8.450	40.000	0	0	0	4.845	
	272	Büchereien		x		-36.278	0	0	0	0	0	0	0	0	0	36.278	0	0	1.118	0	13.560	21.600	0	0	0	3.516	
	273	Sonstige Volksbildung		x		-785	0	0	0	0	0	0	0	0	0	785	0	0	285	0	500	0	0	0	0	50	
	281	Heimat- und sonstige Kulturpflege		x		-170.348	32.364	4.964	27.100	300	0	0	0	0	0	202.712	2.000	0	14.872	0	139.540	46.300	0	0	0	21.324	
	291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften		x		-4.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4.700	0	0	0	0	4.700	0	0	0	0	470	
5		Soziale Leistungen / Soziale Hilfen				-61.885		116.350	0	12.650	0	0	0	0	0	83.700	20.000	0	4.435	0	167.900	5.900	0	0	0		
	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen		x		-61.885	116.350	0	12.650	0	0	0	0	0	0	83.700	20.000	0	4.435	0	167.900	5.900	0	0	0	23.630	
6		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				-94.437		905.686	6.946	22.700	0	0	0	0	0	279.040	597.000	1.000.123	0	56.523	0	133.800	809.800	0	0		
	362	Jugendarbeit (ohne Vereinsförderung)		x		-24.660	102.540	0	9.500	0	0	0	0	0	83.040	10.000	127.200	0	0	0	21.200	106.000	0	0	0	18.322	
	365	Tageseinrichtungen für Kinder		x		-40.100	698.000	0	0	0	0	0	0	0	196.000	502.000	738.100	0	40.100	0	0	698.000	0	0	0	63.750	
	366	Einrichtungen der Jugendarbeit		x		-28.977	88.146	6.946	1.200	0	0	0	0	0	0	80.000	117.123	0	16.423	0	97.700	3.000	0	0	0	14.160	
	367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend und Familienhilfe		x		-700	17.000	0	12.000	0	0	0	0	0	0	5.000	17.700	0	0	0	14.900	2.800	0	0	0	3.220	
8		Sportförderung				-210.184		4.500	0	4.500	0	0	0	0	0	0	214.684	0	0	45.574	0	106.110	62.200	0	800		
	421	Förderung des Sports		x		-74.587	0	0	0	0	0	0	0	0	0	74.587	0	0	9.637	0	2.750	62.200	0	0	0	6.495	
	424	Sportsstätten und Bäder				-135.597	4.500	0	4.500	0	0	0	0	0	0	140.097	0	0	35.937	0	103.360	0	0	0	0	800	
	191	Vorhaltung von Sportanlagen		x		-83.137	4.500	0	4.500	0	0	0	0	0	0	87.637	0	0	35.937	0	50.900	0	0	0	0	5.421	
	192	Vorhaltung von Bädern		x		-52.460	0	0	0	0	0	0	0	0	0	52.460	0	0	0	0	52.460	0	0	0	0	5.246	
9		Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen				-63.000		38.200	0	0	0	0	0	0	0	38.200	0	0	0	0	32.700	68.500	0	0	0		
	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen		x		-63.000	38.200	0	0	0	0	0	0	0	0	38.200	0	0	0	0	32.700	68.500	0	0	0	0	10.984
10		Bauen und Wohnen				-89.494		86.752	652	81.800	1.000	1.000	0	0	0	1.750	550	176.246	1.000	9.521	0	115.175	49.100	0	1.450		
	521	Bau- und Grundstücksordnung		x		-24.000	1.000	0	0	1.000	0	0	0	0	0	0	25.000	0	0	0	0	25.000	0	0	0	0	2.570
	522	Wohnbauförderung		x		-59.144	84.002	652	81.800	0	1.000	0	0	0	0	550	143.146	1.000	9.521	0	82.075	49.100	0	1.450	0	21.498	
	523	Denkmalschutz- und -pflege		x		-6.350	1.750	0	0	0	0	0	0	0	0	1.750	0	0	0	0	8.100	0	0	0	0	898	
11		Ver- und Entsorgung				723.625		912.241	0	26.150	4.850	181.041	0	0	0	700.200	188.616	0	18.966	0	129.400	40.100	0	150	0		
	533	Wasserversorgung		x		-1.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.000	0	0	0	0	0	1.000	0	0	0	100	
	535	Kombinierte Versorgung		x		700.000	700.000	0	0	0	0	0	0	0	0	700.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14.000	
	537	Abfallwirtschaft		x		64.800	211.141	0	25.150	4.850	181.041	0	0	0	0	100	146.341	0	0	12.241	0	107.350	26.600	0	150		
	538	Abwasserbeseitigung				-40.175	1.100	0	1.000	0	0	0	0	0	0	100	41.275	0	0	6.725	0	22.050	12.500	0	0		
	151	Bedürfnisanstalten in der Kernstadt		x		-40.175	1.100	0	1.000	0	0	0	0	0	0	100	41.275	0	0	6.725	0	22.050	12.500	0	0	0	3.550
	190	Abwasserbeseitigung		x		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
12		Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV				-2.225.660		689.829	490.489	11.340	75.000	0	0	0	0	500	2.915.489	0	0	983.439	0	1.840.100	90.900	0	1.050		
	541	Gemeindestraßen		x		-2.019.792	423.243	423.243	0	0	0	0	0	0	0	0	2.443.035	0	0	861.185	0	1.554.450	27.400	0	0	158.185	
	542	Kreisstraßen		x		-10.726	50.831	50.831	0	0	0	0	0	0	0	61.557	0	0	61.557	0	0	0	0	0	0	0	
	543	Landesstraßen		x		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	544	Bundesstraßen		x		-29.725	16.415	16.415	0	0	0	0	0	0	0	46.140	0	0	46.140	0	0	0	0	0	0	0	
	545	Straßenreinigung		x		-8																					

Haushaltsdaten 2011					Stufe 1: Veränderbarkeit			Stufe 2: Zielerreichung													Stufe 3: Umsetzbarkeit				Übersicht Prioritäten														
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	Kategorie	politische Zielerreichung - negative Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?													Kategorie politische Zielerreichung	Pkt.	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt.	Priorität	1	2	3
																finanzielle Zielerreichung	moderner Wirtschaftsstandort	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort	hoher Umweltqualitätsstandard	Bürger-nähe	4	Kat. 1											
11			Ver- und Entsorgung	7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke an St. Elisabeth-Stiftung	698.000	502.000	Anpassung an nachhaltigen Finanzbedarf E-Stiftung unter Berücksichtigung Auflösung Rückstellung/Rücklagen (= ca. 100.000 €), Einsparung bis mindestens 2025, jedoch nicht dauerhaft ca. 222.000 € p.a.	1 - ja	1 - gering	2	1	0	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	3	2		
538			Abwasserbeseitigung																																				
190			Abwasserbeseitigung																																				
				5610000	Erträge aus Beteiligungen an anderen verbundenen Unternehmen	400.000		Erhöhung EK-Verzinsung auf 2,3 %	1 - ja	1 - gering	2	1	250.000	1 1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	2	1	1 - kurzfristig	01.01.2012	3 - schwer	4	3	1	1	3		
				5610000	Erträge aus Beteiligungen an anderen verbundenen Unternehmen	400.000		Erhöhung EK-Verzinsung auf 3 %	1 - ja	1 - gering	2	1	150.000	1 1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	2	1	1 - kurzfristig	01.01.2013	3 - schwer	4	3	1	1	3		
12			Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV																																				
541			Gemeindestraßen																																				
191			Gemeindestraßen allgemein																																				
				6057001	Kostenanteil Straßenentwässerung	339.900	339.900	Erhöhung bei Anhebung Grundgebühren und/oder Zuschläge befestigte Flächen	1 - ja	1 - gering	2	1	-50.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1		
				6057001	Kostenanteil Straßenentwässerung	339.900	339.900	Erhöhung bei Anhebung Grundgebühren und/oder Zuschläge befestigte Flächen	1 - ja	1 - gering	2	1	-19.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2013	1 - leicht	2	1	1	3	1		
16			Allgemeine Finanzwirtschaft																																				
611			Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen																																				
190			Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen																																				
				5551000	Grundsteuer A	95.000		Anhebung Hebesatz von 260% auf 290%	1 - ja	1 - gering	2	1	11.000	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	2	2			
				5551000	Grundsteuer A	95.000		Anhebung Hebesatz von 290% auf 330%	1 - ja	1 - gering	2	1	14.500	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2015	2 - mittel	3	2	1	2	2			
				5552000	Grundsteuer B	1.300.000		Anhebung Hebesatz von 290% auf 330%	1 - ja	1 - gering	2	1	180.000	1 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	2	1	1 - kurzfristig	01.01.2015	2 - mittel	3	2	1	1	2			
				5553000	Gewerbsteuer	4.000.000		Anhebung Hebesatz von 335% auf 350%	1 - ja	1 - gering	2	1	200.000	1 1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	2	1	1 - kurzfristig	01.01.2013	1 - leicht	2	1	1	1	1			
				5553000	Gewerbsteuer	4.000.000		Anhebung Hebesatz von 350% auf 370%	1 - ja	1 - gering	2	1	270.000	1 1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	2	1	1 - kurzfristig	01.01.2014	1 - leicht	2	1	1	1	1			
				5559120	Sonst. Vergnügungssteuer einschl. Spielapparatesteuer	14.000		Anhebung Steuersätze	1 - ja	1 - gering	2	1	2.000	3 0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1			

Haushaltsdaten 2011					Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Stufe 1: Veränderbarkeit			Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit			Übersicht Prioritäten																															
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto			Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	finanzielle Zielerreichung					politische Zielerreichung - negative Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?					Kategorie	Wirtschaftsstandort	moderner Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort	hoher Umweltqualitätsstandard	Bürger-nähe	Pkt.	Kategorie: politische Zielerreichung	Pkt.	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt.	Priorität	1	2	3							
															Kat. 1: >=	50.000	4	Kat. 1	Kurzfristig: bis Ende 2012	Kat. 2: >=	5.000	weniger als	8	Kat. 2																								mittelfristig: ab 2013 bis Ende 2015	Kat. 3: <	5.000	mehr als	8	Kat. 3	langfristig: ab 2016
															1	2	3	1	2	3	1	2	3	1																								2	3	1	2	3	1	2
				5559200	Hundesteuer	36.000	36.000	1 - ja	1 - gering	2	1	8.000	2	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	2	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	2	2																			
												Gesamtsumme		1 653 204																																								
												Summe Erträge		1 603 774																																								
												Summe Aufwendungen		49 430																																								

Haushaltsdaten 2011				Stufe 1: Veränderbarkeit										Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit					Übersicht Prioritäten											
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	Kategorie	politische Zielerreichung - negative Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?										Kategorie politische Zielerreichung	Pkt.	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt.	Priorität	1	2	3				
																finanzielle Zielerreichung	Kat. 1: >=	50.000	Kat. 2: >=	5.000	Kat. 3: <	5.000	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote												kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort Mittelzentrum
				6161000	Instandhaltung Gebäude und Aussenanlagen	20.400	20.400	Verschiebung von Unterhaltungsmaßnahmen, wie Anstrich von Holzfassaden	Langfristig sind hierdurch höhere Kosten für vorzeitige Sanierungsarbeiten zu befürchten	1 - ja	1 - gering	2	1	2.000	3	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	3	2		
				6164000	Instandhaltung von Kfz	29.900	29.900	Reduzierung von Umbaumaßnahmen auf das absolut notwendige Minimum	gesetzliche Vorgaben müssen unbedingt eingehalten werden	2 - teilweise	1 - gering	3	2	3.000	3	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2		
				6179000	andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.200	3.200	Reduzierung um 10%		1 - ja	1 - gering	2	1	320	3	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1		
				7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke (Vereine, geringfügig Beschäftigte)	13.130	4.500	Kürzung der Zuschüsse für die FW-Vereine (Kameradschaftkas sen) um 10%		1 - ja	1 - gering	2	1	450	3	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	5	2	5	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	3 - schwer	4	3	1	3	3	
				6089000	übrige sonstige Materialaufwendungen	8.800	8.800	Reduzierung um 10%		2 - teilweise	1 - gering	3	2	800	3	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	2	3	1	
				6780000	Aufwendungen für Funktionsträger FW	24.000	3.200	Kürzung der Aufwandsentschädigungen Gerätewart um 10%	Es soll über die Wehrführer geklärt werden, inwieweit die Gerätewart ihrer Tätigkeit nachkommen.	1 - ja	1 - gering	2	1	320	3	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	3 - schwer	4	3	1	3	3	
				6869000	Aufwendungen für Repräsentationen	1.500	1.500	Einsparung bei den Runden für die FW	evtl. Pauschalierung der Zuwendung im Rahmen der Jahreshauptversammlungen	1 - ja	1 - gering	2	1	200	3	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	3	2	
				6880000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	8.000	2.500	nur noch max. jährlich einen Zuschuss für Führerscheine Kl. C	Durch die neuen Ausnahmeregelungen können TSF-VV auch künftig mit dem "Feuerwehrführerschein" gefahren werden.	1 - ja	1 - gering	2	1	800	3	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1
				6910000	Beiträge für Wirtschaftsverbände und Berufsvertr., sonst. Vereine	3.100	400	Einsparung des Jahresbeitrages für das Dt. Feuerwehrmuseum Fulda		1 - ja	1 - gering	2	1	400	3	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	2 - mittelfristig	01.01.2013	3 - schwer	5	3	1	3	3	
128			Katastrophenschutz																																					
191			Förderung Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen																																					
				7128000	Zuschüsse für laufende Z	1.500	1.500	Reduzierung der Förderung von Hilfsorganisationen	Kürzung um 10%	1 - ja	1 - gering	2	1	150	3	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
12			Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV																																					
546			Parkeinrichtungen																																					
			Vorhaltung und Betrieb von Parkeinrichtungen in der Kernstadt																																					
				5004000	Umsatzerlöse aus Überlat	11340	11340	Erhöhung Miete Parkplatz Karl-Medler-Str. / VR-Bank / HZD		1 - ja	2 - mittel	3	2	0	3	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	3 - langfristig	01.01.2015	1 - leicht	4	3	2	3	3	
			Vorhaltung und Betrieb von Parkeinrichtungen - Gesamtstadt																																					
				5110000	öffentlich rechtliche Benu	-75.000	-75.000	Überarbeitung der Parkgebühren (Erhöhung)	Bedarf Umstellungskosten für Parkscheinautomaten 23.000 €. Bei angenommenen Mehrerträgen von mind. 25 % können die Kosten in weniger 2 Jahren refinanziert werden.	1 - ja	2 - mittel	3	2	18.750	2	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	3	1	3	2	2 - mittelfristig	01.01.2013	1 - leicht	3	2	2	2	2		
				6165000	Instandh. v. Sachanl. Ger	48.750	48.750	Reduzierung Pflegeaufwendungen im Bereich der öffentlichen Parkplätze	Verringerung der Pflegedurchgänge (Heckenschnitt, Mäharbeiten, Pflege Oberfläche), hierdurch jedoch erhebliche Qualitätseinbußen	2 - teilweise	1 - gering	3	2	4.800	3	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	2	3	1		

Haushaltsdaten 2011										Stufe 1: Veränderbarkeit										Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit										Übersicht Prioritäten		
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	Kategorie	moderner Wirtschaftsstandort	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	soziale Infrastrukt	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort Mittelzentrum	hoher Umweltqualitätsstandard	Bürger-nähe	Pkt	Kategorie: politische Zielerreichung	Pkt	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt	Priorität	1	2	3					
1			Innere Verwaltung																																							
111			Verwaltungssteuerung und -service																																							
				7178000	sonstige Erstattungen an übrige Bereiche	19.000	19.000	Reduzierung Zuwendung PV aufgrund Einsparung durch EDV-Serverumstellung		1 - ja	1 - gering	2	1	500	30 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1					
				6861000	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	11.000	11.000	Kürzung Budget für Paten- und Partnerschaften um 10 %		1 - ja	1 - gering	2	1	1.100	30 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1					
4			Kultur und Wissenschaft																																							
252			Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen																																							
191			Betrieb von Museen																																							
				7126000	Zusch. lfd. Zwecke sonstige öffentl. Sonderrechn.	5.000	5.000	Künftig keine Zuwendung Betriebskosten Konrad-Zuse-Museum	Stiftungskapital der Stadt ist erreicht, daher Zuwendung nicht mehr erforderlich.	1 - ja	1 - gering	2	1	5.000	20 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	2	1					
				7126000	Personalaufwand	19.000	12.500	Anpassung Öffnungszeiten MMA entsprechend Konrad-Zuse-Museum	Anstelle an 6 Tagen von 14.00 - 17.00 Uhr nur noch an fünf Tagen von 15.00 - 17.00 Uhr	1 - ja	1 - gering	2	1	5.000	20 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2013	1 - leicht	2	1	1	2	1					
272			Büchereien																																							
191			Vorhaltung und Betrieb von Büchereien																																							
				5005000	Umsatzerlöse	0	0	Einführung Nutzungsentgelte Bücherei ggf. über Förderverein	Mag.-Beschluss vom 2.11.2010 - solange Landesförderung in Anspruch genommen werden keine soll zunächst keine Einführung von Entgelten erfolgen	1 - ja	1 - gering	2	1	8.000	20 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	5	2	4	3	2 - mittelfristig	01.01.2013	2 - mittel	4	3	1	3	3					
281			Heimat- und sonstige Kulturpflege																																							
191			Heimat- und Kulturpflege, Kulturelle Veranstaltungen																																							
				6861000	Aufführung Neujahrslied	23.060	5.000	Verzicht auf den Aufbau der Bühnenschießstände Gespräche zunächst mit den teiln. Vereinen im Okt. 2011	Rückführung der Orga. an die HÜKUMU. Ziel mind. 30% Einsparungen, vorbehaltlich Abstimmung der Vereine	2 - teilweise	1 - gering	3	2	3.000	30 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.11.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2				
				6862000	Jubiläe-Konzert	36.200	800	Rückführung der Orga. an die HÜKUMU	Abschließende Gespräche am 6. und 31.10.2011	2 - teilweise	2 - mittel	4	3	500	30 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.10.2012	2 - mittel	3	2	3	3	2				
				6862000	Kulturempfang	36.200	2.000	Kulturempfang soll nur noch alle 3 Jahre stattfinden (z. Z. alle 2 Jahre)	Teilsatz von 2.000,00 € bleibt, Ein Betrag von 666,70 € soll jährlich angespart werden und über die Bü- und Untern. Stiftung bereitgestellt werden.	1 - ja	1 - gering	2	1	111	30 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1				
				6862000	Kulturempfang	30.250	2.000	Kulturempfang soll nur noch alle 3 Jahre stattfinden (z. Z. alle 2 Jahre)	Kulturempfang soll nur noch alle 3 Jahre stattfinden (z. Z. alle 2 Jahre)	1 - ja	1 - gering	2	1	666	30 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1				
				6862000	Rathausabende	30.250	7.300	Nur noch 7 Veranstaltungen pro Saison	Verringerung der Aufbaukosten für die Bühne	1 - ja	1 - gering	2	1	820	30 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3	1 - kurzfristig	01.03.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1				
				6862000	Konzerte im Park	30.250	3.550	Nur noch 7 Veranstaltungen pro Saison	Nur noch 7 Veranstaltungen pro Saison	1 - ja	1 - gering	2	1	150	30 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3	1 - kurzfristig	01.03.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1				
				6862000	Aufw. für Gästebewirtungen	30.250	500	Kein Zuschuß Schulveranstaltung en mehr	z.B. ehem. Rock am Bad	1 - ja	1 - gering	2	1	500	30 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1					
				6862000	Veranstaltungen Alter Lokschnuppen	30.250	11.800	Keine Durchführung von städt. Veranstaltungen im Alten Lokschnuppen	Keine Durchführung von städt. Veranstaltungen im Alten Lokschnuppen	1 - ja	1 - gering	2	1	11.800	20 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2011	1 - leicht	2	1	1	2	1				
				5005000	Eintritt Rathausabende	11.650	3.300	Eintrittspreis-erhöhung ab der Saison 2011/2012	jeweils um 1,00 €, gültig ab Saison 2011/2012	1 - ja	1 - gering	2	1	550	30 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3	1 - kurzfristig	01.10.2011	2 - mittel	3	2	1	3	2				

Haushaltsdaten 2011										Stufe 1: Veränderbarkeit			Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit					Übersicht Prioritäten										
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	Kategorie	moderner Wirtschaftsstandort	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort Mittelzentrum	hoher Umweltqualitätsstandard	Bürger-nähe	Pkt.	Kategorie: politische Zielerreichung	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt.	Priorität	1	2	3		
																																					Kat. 1: >= 50.000	Kat. 2: >= 5.000
				6861000	Anschieben der Weihnachtspyramide	23.060	3.750	Wegfall der Eröffnungsveranstaltung dadurch keine Budgeterhöhung notwendig	Vorbehaltlich Abstimmung mit dem PV Abteilung Steinberg	2 - teilweise	1 - gering	3	2	450	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3 3	langfristig	01.11.2012	2 - mittel	5	3	2	3	3		
				6869000	sonst. Aufw. für Repräsentationen	5.340	400	Keine Durchführung des Stemsingerempfanges mehr	Teilnehmerzahlen in den letzten Empfängen stark rückgängig (ca. 35 %)	1 - ja	1 - gering	2	1	400	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 1	kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6861000	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Mag.-Romowagen	30.250	4.500	Gem. Rücksprache mit Bgm. am 11.09.2009 wird ab 2012 kein Mag.-Romowagen mehr eingesetzt	Dementsprechend wurden alle Ansätze, die den Mag.-Romowagen betreffen, auf 0 gesetzt	1 - ja	1 - gering	2	1	4.500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3 1	kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6861000	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Weihnachtsbaumaktionen	30.250	0	Reduzierung der Anzahl der Weihnachtsbaumstände	Reduzierung der Anzahl der Weihnachtsbaumstände	1 - ja	2 - mittel	3	2	600	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3 1	kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	2	3	1	
				6869000	sonst. Aufw. für Repräsentationen, Empfang Romo und 11.11.	30.250	5.340	Reduzierung der Orden auf Mitwirkende am Programm plus Ballettmädchen	Reduzierung der Orden auf Mitwirkende am Programm plus Ballettmädchen	1 - ja	1 - gering	2	1	400	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3 1	kurzfristig	31.12.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1
				6909000	Pauschale Veranstalterhaftpflicht "Kulturelle Vereine"	42.200	2.300	Kündigung der Versicherung, bisher keine Versicherungsfälle	Kommt in 2011 nicht zur Umsetzung. Nach R-FB 1 mit Bgm. in 2012 prüfen und eventuelle Umsetzung in 2013.	1 - ja	1 - gering	2	1	2.300	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3 1	kurzfristig	31.12.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1
				7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke und übrige Bereiche	42.200	400	Verringerung des Teilansatzes	Verringerung des Teilansatzes	1 - ja	1 - gering	2	1	100	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 1	kurzfristig	31.12.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke und übrige Bereiche	42.200	20.000	Kürzung der Jahresförderung Kulturvereine um 10%	Kürzung der Jahresförderung Kulturvereine um 10%	1 - ja	1 - gering	2	1	3.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 1	kurzfristig	31.12.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke und übrige Bereiche	42.200	3.600	Kaltmiete Bahnhofsgalerie Junger Kunstkreis, Kürzung 10 %	Kaltmiete Bahnhofsgalerie Junger Kunstkreis, Kürzung 10 %	1 - ja	1 - gering	2	1	360	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 1	kurzfristig	31.12.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke und übrige Bereiche	52.200	550	Zuschüsse Züchter- und Hobbyvereine, Kürzung um 10 %	Zuschüsse Züchter- und Hobbyvereine, Kürzung um 10 %	1 - ja	1 - gering	2	1	55	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 1	kurzfristig	31.12.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
291			Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften																																			
190			Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften																																			
				6861000	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	4.200	4.200	Reduzierung der städtischen Aufwendungen bei den Prozessionen	Reduzierung der städtischen Aufwendungen bei den Prozessionen	1 - ja	1 - gering	2	1	3.200	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1	1	4	3 1	kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1
5			Soziale Leistungen / Soziale Hilfen																																			
351			Sonstige soziale Hilfen und Leistungen																																			
151			Soziale Hilfen und Leistungen in der Kernstadt																																			
				5005000	Umsatzerlöse aus d. sonst. Nutzung	10.000	10.000	Erhöhung Teilnehmerentgelte Seniorenfahrt von 35 auf 39 EUR	Bereits bei Fahrt 2011 umgesetzt	1 - ja	1 - gering	2	1	1.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 1	kurzfristig	01.08.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1
				6862000	Aufw. für Gästebewirtung	36.200	6.800	Keine Motivtassen als Geschenke für Seniorennachmittage in den Stadtteilen mehr	Bereits seit 2011 umgesetzt	1 - ja	1 - gering	2	1	1.300	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 1	kurzfristig	01.05.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6862000	Aufw. für Gästebewirtung	36.200	900	Keine Motivtassen als Geschenke für Seniorennachmittage in der Kernstadt mehr	Bereits seit 2011 umgesetzt	1 - ja	1 - gering	2	1	900	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	4	3 1	kurzfristig	01.05.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6862000	Aufw. für Gästebewirtung	36.200	1.800	Keine Durchführung Seniorentanztee mehr	Bereits umgesetzt	1 - ja	1 - gering	2	1	1.800	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	4	3 1	kurzfristig	01.01.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6862000	Aufw. für Gästebewirtung	36.200	550	Reduzierung Zuschuß Wellapokal	evtl. Übernahme Defizit max. 250,00 EUR - Bereits seit 2010 umgesetzt	1 - ja	1 - gering	2	1	550	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 1	kurzfristig	01.01.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	

Haushaltsdaten 2011						Stufe 1: Veränderbarkeit										Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit					Übersicht Prioritäten							
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilsatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	Kategorie	moderner Wirtschaftsstandort	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort	hoher Umweltqualitätsstandard	Bürger-nähe	Pkt.	Kategorie: politische Zielerreichung	Pkt.	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt.	Priorität	1	2	3	
																																						Kat. 1: >= 50.000
				6871000	Geschenke bis 35 €	8.000	5.000	Reduzierung Wert Geschenke Aktion Seniorenhilfe von 25,00 EUR auf 20,00 EUR	Bereits im Jahr 2010 umgesetzt	1 - ja	1 - gering	2	1	1.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6871000	Geschenke bis 35 €	8.000	400	Wegfall Kauf Motivtassen als allg. Reserve	Bereits seit 2011 umgesetzt	1 - ja	1 - gering	2	1	800	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.05.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6862000	Aufw. für Gästebewirtung	36.200	2.500	Keine Durchführung Seniorennachmittag in Hünfeld-Mitte mehr	Weitere Entwicklung der Teilnehmerzahlen sollen beobachtet werden.	1 - ja	1 - gering	2	1	2.500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3	3 - langfristig	01.01.2016	2 - mittel	5	3	1	3	3	
6			Kinder-, Jugend- und Familienhilfe																																			
	362		Jugendarbeit (ohne Vereinsförderung)																																			
					Hinweis: Sollte in diesem Bereich eine erhöhte Nachfrage einzelner Angebote bestehen, so können diese über Sponsorengelder finanziert werden.																																	
			Sonstige Maßnahmen der Kinder- und Jugendförderung																																			
				5005000	Umsatzerlöse aus d. sonst. Nutzung	9.500	1.500	Erhöhung Teilnehmerentgelt Tagesausflug für JgdL von 30 auf 35 EUR		1 - ja	1 - gering	2	1	250	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6861000	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	15.500	300	Verzicht auf Empfang bei FAW	Dafür Besuch Mag-Mitglied im JGH	1 - ja	1 - gering	2	1	300	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke und übrige Bereiche	6.000	250	Wegfall Zuschüsse für Jugendcamps	z.B. NIG e.V.	1 - ja	1 - gering	2	1	250	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke und übrige Bereiche	6.000	500	Wegfall Zuschuss Konzert VHS-Nachwuchsorchster	Zuschuss erfolgt künftig über Wella Kulturstiftung	1 - ja	1 - gering	2	1	500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
	365		Tageseinrichtungen für Kinder																																			
		191	Betreuungsangebote für Kinder																																			
					St. Elisabeth-Stiftung	270431 - Betriebskostenzuschüsse - Kindergärten	638.650	570.000	Einsparung durch Schließung zwei Kiga-Gruppen	entsprechend Bedarfsplan	1 - ja	1 - gering	2	1	38.000	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	2	2	
					St. Elisabeth-Stiftung	270421 - Betriebskostenzuschüsse Krippen	83.500	75.000	Anpassung Ansatz Betriebskostenzuschüsse Krippen aufgrund erh. Landesförderung	Durch die Aufnahme aller Kinder unter drei Jahren höhere Landesförderung	1 - ja	1 - gering	2	1	15.000	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	2	2	
					St. Elisabeth-Stiftung	270436 - Sozialfonds	638.650	2.500	Anpassung Budget entsprechend Inanspruchnahme	Für Eltern oder Alleinerziehende mit geringem Einkommen ohne Anspruch auf soziale Transferleistungen. Anpassung aufgrund tats. Inanspruchnahme	1 - ja	1 - gering	2	1	1.500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
					St. Elisabeth-Stiftung	270432 - Ausf. Elternbeiträge erh. Zuschuss	638.650	11.500	Reduzierung Budget entsprechend Inanspruchnahme	Ausfallzahlungen an Trägervereine für freie Kiga-Plätze - durch bessere Auslastung kann Budget gekürzt werden.	1 - ja	1 - gering	2	1	6.500	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	2	1	
					St. Elisabeth-Stiftung	270438 - Kinderbeförderungskosten	10.500	10.500	Wegfall des Zuschusses - Beförderungskosten im Kiga-Bereich	bislang freiwillige Leistung	1 - ja	1 - gering	2	1	10.500	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	3	2	1 - kurzfristig	01.08.2011	1 - leicht	2	1	1	2	1	
					St. Elisabeth-Stiftung	270422 - Zuschuß für Investitionen (Krippen)	83.500	2.500	Inv-Zuschuß für Neubau Villa Kunterbunt	Mittel wurden als Reserve für ggf. noch anstehende Maßnahmen aufgenommen	1 - ja	1 - gering	2	1	2.500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2011	1 - leicht	2	1	1	3	1	
	366		Einrichtungen der Jugendarbeit																																			
		152	Vorhaltung und Betrieb Jugendtreff in der Kernstadt																																			

Haushaltsdaten 2011				Stufe 1: Veränderbarkeit				Stufe 2: Zielerreichung														Stufe 3: Umsetzbarkeit				Übersicht Prioritäten														
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilsatz 2011	Konsolidierungs- maßnahme	Bemerkung	Einfluss- möglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Prio- rität	finanzielle Zielerreichung		politische Zielerreichung - n e g a t i v e Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?														Kategorie: politische Ziel- erreichung	Pkt.	Prio- rität	Dauer	angestrebter Umsetzungs- termin	politisch	Pkt.	Prio- rität	Stufe		
														Kat. 1: >=	50,000	4	Kat. 1	Kurzfristig: bis Ende 2012	8	Kat. 2	mittelfristig: ab 2013 bis Ende 2015	8	Kat. 3	langfristig: ab 2016	1	2	3													
		191	Abfallsammlung und -beseitigung	6165000	Instandhaltung v. Containerstellpl.	24.000		Abfallsammlung Gebührenhaushalt	Wegfall Asphaltierung Molzbacher Str./ nicht sinnvoll, da Mittel aus Rücklage entnommen werden können. (Einmalige Einsparung in	1 - ja	1 - gering	2	1	15.000	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2012	3 - schwer	4	3	1	2	3			
538		151	Abwasserbeseitigung		Bedürfnisanstalten in der Kernstadt																																			
			Toilettenanlagen gesamt			44.775	37.000	Schließung aller Anstalten	Bedarfvorhaltung für besondere Anlässe	1 - ja	3 - hoch			0	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	1 - ja	1 - ja	1 - ja				2 - mittelfristig		3 - schwer									
			6051000	Strom		2.150		Schließung Hainmauer/ Reduzierung Öffnungszeiten Kloster	Einsparung Hainmauer 250/ Kloster 50	1 - ja	2 - mittel		3	2	300	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2			
			6052000	Gas		2.150		Schließung Hainmauer/ Reduzierung Öffnungszeiten Kloster	Einsparung Hainmauer 1000/ Kloster 0,00 kein Gas	1 - ja	2 - mittel		3	2	1.000	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2			
			6056000	Wasser		3.900		Schließung Hainmauer - Öffnung nur im Bedarfsfall/ Reduzierung Öffnungszeiten Kloster	Einsparung Hainmauer 300/ Kloster 100	1 - ja	2 - mittel		3	2	400	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2			
			6057000	Abwasser		3.500		Schließung Hainmauer - Öffnung nur im Bedarfsfall/ Reduzierung Öffnungszeiten Kloster	Einsparung Hainmauer 350/ Kloster 200	1 - ja	2 - mittel		3	2	550	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2			
			6161000	Instandhaltung		10.000		Schließung Hainmauer - Öffnung nur im Bedarfsfall/ Reduzierung Öffnungszeiten Kloster	Einsparung Hainmauer 1500/ Kloster 300	1 - ja	2 - mittel		3	2	1.800	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2			
				Lohnkosten		12.500		Schließung Hainmauer - Öffnung nur im Bedarfsfall/ Reduzierung Öffnungszeiten Kloster	Einsparung Hainmauer 1000/ Kloster 500 (geringf. Beschäftigte)	1 - ja	2 - mittel		3	2	1.500	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2			
			5003000	Umsatzerlöse		1.000	1.000	Erhöhung Nutzungsentgelt Toilette Festplatz		1 - ja	1 - gering		2	1	200	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	3	2			
12		541	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV																																					
		011	Gemeindestraßen																																					
			Gemeindestraßen in Mackenzell																																					
			021	Gemeindestraßen in Malges																																				
				Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen remdleistungen					Reduzierung der Straßenunterhaltung g. durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering		3	2	4.405	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3	2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3		
			031	Gemeindestraßen in Michelsrombach					Reduzierung der Straßenunterhaltung g. durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering		3	2	1.550	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3	2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3		
			041	Gemeindestraßen in Molzbach					Reduzierung der Straßenunterhaltung g. durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering		3	2	3.260	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3	2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3		

Haushaltsdaten 2011				Stufe 1: Veränderbarkeit				Stufe 2: Zielerreichung														Stufe 3: Umsetzbarkeit				Übersicht Prioritäten														
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	Kategorie	politische Zielerreichung - negative Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?														Kategorie politische Zielerreichung	Pkt.	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt.	Priorität	1	2	3
																finanzielle Zielerreichung	moderner Wirtschaftsstandort	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort	hoher Umweltqualitätsstandard	Bürger-nähe	4	Kat. 1	kurzfristig: bis Ende 2012											
															Kat. 1: >=	50.000															4	Kat. 1	kurzfristig: bis Ende 2012							
															Kat. 2: >=	5.000															weniger als	8	Kat. 2	mittelfristig: ab 2013 bis Ende 2015						
															Kat. 3: <	5.000															mehr als	8	Kat. 3	langfristig: ab 2016						
		051	Gemeindestraßen in Oberfeld	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	14.950		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	1.815	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		061	Gemeindestraßen in Oberrombach	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	16.950		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	2.255	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		071	Gemeindestraßen in Roßbach	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	11.100		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	1.460	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		081	Gemeindestraßen in Rudolphshan	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	26.700		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	2.970	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		091	Gemeindestraßen in Rückers	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	16.450		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	2.325	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		101	Gemeindestraßen in Sargenzell	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	23.150		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	2.695	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		111	Gemeindestraßen in Dammersbach	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	36.850		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	3.985	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		121	Gemeindestraßen in Großenbach	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	22.000		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	2.530	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		131	Gemeindestraßen in Kirchhasel	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	37.100		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	4.120	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		141	Gemeindestraßen in Nüst	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	27.900		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	3.170	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
		151	Gemeindestraßen in der Kernstadt	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	21.350		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	2.405	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3				
				616500	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	360.700		Reduzierung der Straßenunterhaltung, durch erhöhten Aufwand im Schlaglochprogramm	Einsparung durch Schlaglochprogramm	2 - teilweise	1 - gering	3	2	40.470	2 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	3	2 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	2	3				

Haushaltsdaten 2011										Stufe 1: Veränderbarkeit			Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit			Übersicht Prioritäten												
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilsatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	finanzielle Zielerreichung		politische Zielerreichung - negative Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?										Kategorie	Pkt.	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt.	Priorität	Stufe				
														Kat. 1: >=	Kat. 2: >=	Kat. 3: <	moderner Wirtschaftsstandort	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort	hoher Umweltqualitätsstandard									Bürger-nähe	Kategorie: politische Zielerreichung	1	2	3
		191	Gemeindestraßen allgemein		Beleuchtung; Brücken; Gehwegverbesserung, Instandhaltung	142.000		Reduzierung von Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen		2 - teilweise	1 - gering	3	2	27.000	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	3	2 1 - kurzfristig	01.01.2012	####	####	2	2	##	
		192	Rad- und Fussverbindungswege (sofern nicht als Teileinrichtung von Straßen)	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	31.200	3.000	Reduzierung der Mähschnitte von 6 Mähchnitte auf 4 Mähchnitte		1 - ja	1 - gering	2	1	5.000	2 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	3	2 2 - mittelfristig	01.04.2012	1 - leicht	3	2	1	2	2	
		545	Straßenreinigung																																			
		191	Stadt- und Straßenreinigung - allgemein	6161000	Aufw. F. Fremdensorgung			Reduzierung Sondereinsätze		1 - ja	1 - gering	2	1	2.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6173000	Fremdreinigung			Reduzierung Containerplätze Red. Ansatz wg. Vergabe an Vogt, Ansatz war gem. Angebot Fehr		1 - ja	1 - gering	2	1	7.000	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	2	1	3	2 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	2	1	
13			Natur- und Landschaftspflege																																			
		551	Öffentliches Grün / Landschaftsbau																																			
				6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	203.800	20.000	Reduzierung der Unterhaltung der wassergebundene n Wege und Plätze im Bürgerpark u. Haselsee (Einsatz von gerätfüggig Beschäftigte oder Ferienjopper)		2 - teilweise	1 - gering	3	2	6.000	2 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	3	2 2 - mittelfristig	01.04.2012	2 - mittel	4	3	2	2	3	
				6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	203.800	8.000	Reduzierung Mähchnitte Grünflächen Kernstadt u. dörflche Stadtteilen (von 10 Mähchnitte auf 6)		1 - ja	1 - gering	2	1	3.000	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 2 - mittelfristig	01.04.2012	2 - mittel	4	3	1	3	3	
				6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	203.800	14.000	Reduzierung der Blumenkübel Innenstadt, einschl. Bepflanzung der Blumenbeete, sowie Bepflanzung mit pflegeleichter Dauerbepflanzung		1 - ja	2 - mittel	3	2	5.000	2 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	5	2	4	3 2 - mittelfristig	01.04.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3
				6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	83.200	5.000	Reduzierung Mäharbeiten extensive flächen		2 - teilweise	2 - mittel	4	3	2.000	3 0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	4	2	5	3 2 - mittelfristig	01.03.2012	2 - mittel	4	3	3	3	3	
				6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	83.200	2.000	Keine Wechselbepflanzung im Bürgerpark		1 - ja	1 - gering	2	1	2.000	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3 2 - mittelfristig	01.04.2012	2 - mittel	4	3	1	3	3	
				6165000	Brunnenanlagen	32.100	17.000	Abschaltung einzelner Brunnenanlagen		1 - ja	2 - mittel			3.000	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja				2 - mittelfristig	01.05.2012	3 - schwer						

Haushaltsdaten 2011										Stufe 1: Veränderbarkeit			Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit			Übersicht Prioritäten										
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungs- maßnahme	Bemerkung	Einfluss- möglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Prio- rität	finanzielle Zielerreichung		politische Zielerreichung - n e g a t i v e Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?										Kategorie: politische Ziel- erreichung	Pkt.	Prio- rität	Dauer	angestrebter Umsetzungs- termin	politisch	Pkt.	Prio- rität	1	2	3
														Kat. 1: >=	50.000	4	Kat. 1	weniger als	8	Kat. 2	Kurzfristig: bis Ende 2012	mittelfristig: ab 2013 bis Ende 2015	langfristig: ab 2016													
														Kat. 2: >=	5.000	mehr als	8	Kat. 3																		
														Kat. 3: <	5.000																					
				6165000	Brunnenanlagen	32.100	17.000	Reduzierung der Reinigungsdurchgänge vom Bauhofpersonal und Einsatz geringfügig Beschäftigter oder Patenschaften, Reduzierung der Laufzeiten, Abschaltung einzelner Brunnenanlagen	1 - ja	2 - mittel	3	2	3.500	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3 2 - mittelfristig	01.05.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3		
				6165000	Ersatzbeschaffung Ruhebänke	13.000	13.000	Reduzierung der Anzahl der Ruhebänke (unnötige und defekte Bänke werden entfernt)	1 - ja	1 - gering	2	1	6.000	2 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	3	2 2 - mittelfristig	01.04.2012	2 - mittel	4	3	1	2	3		
		192	Freizeitanlagen (städtische Betreuung)	6165000	Instandh. v. Sachanl. Gemeingeb., Infrastr.verm.			Freizeitanlage Am Tiergarten	Reduzierung des Pflege- und Unterhaltungsaufwandes Bauhof um Pauschal 20%	1 - ja	1 - gering	2	1	400	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6165000	Instandh. v. Sachanl. Gemeingeb., Infrastr.verm.			Freizeitanlage Am Tiergarten	Reduzierung Mähschnitt von 10 auf 9 entsprechend Empfehlung Kinder- und Jugendkommission am 08.09.2011	1 - ja	1 - gering	2	1	180	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
		193	Ortsbildgestaltung	6165000	Instandh. v. Sachanl. Gemeingeb., Infrastr.verm.			Spiel-, Sport- und Freizeitanlage Wartburgring	Reduzierung Mähschnitt von 10 auf 9 entsprechend Empfehlung Kinder- und Jugendkommission am 08.09.2011	1 - ja	1 - gering	2	1	20	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				5790900	Übrige sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	0		Erbbaugrundstück Erholungsanlage Praforst/ Waldgaststätte	Erweiterung Erbbaurechtsvertrag für gepl. Lagerhalle/ Erbbauzins für diese Erweiterung	1 - ja	1 - gering	2	1	480	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 2 - mittelfristig	01.03.2012	1 - leicht	3	2	1	3	2		
		194	unbebaute Grundstücke (ohne Baugrundstücke)	5003000	Mieten und Pachten Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen Fremdleistungen	27.650		sonstige unbebaute Grundstücke	Erhöhung Pacht für landw. Flächen/ Anpassung Pacht Mobilfunkmaste	2 - teilweise	3 - hoch	5	3	3.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1	1	4	3 2 - mittelfristig	01.10.2013	2 - mittel	4	3	3	3	3	
				6165000	Mulch- und Mähdurchgänge	12.500	12.500	Reduzierung Mulch-/Mähdurchgänge	1 - ja	1 - gering	2	1	1.000	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	1	3	2		
		552	Öffentliche Gewässer / wasserbauliche Anlagen	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen, Fremdleistungen	17.500	4.000	Reduzierung Reinigung Bachläufe allgemein	weniger Pflegedurchgänge	1 - ja	2 - mittel	3	2	2.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	4	3 2 - mittelfristig	01.04.2012	2 - mittel	4	3	2	3	3	
				6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen, Fremdleistungen	17.500	6.000	Reduzierung Rückschnitt Hecken entlang Bachläufen	evtl. Einsatz von Landwirten in Eigenleistung	2 - teilweise	2 - mittel	4	3	3.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	3	3	3	
		555	Land- und Forstwirtschaft	191	Landwirtschaft																															
				6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen Fremdleistungen	149.000	38.000	Reduzierung Feldheckenschnitt		2 - teilweise	1 - gering	3	2	10.000	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1	1	3	2 2 - mittelfristig	01.01.2012	2 - mittel	4	3	2	2	3

Haushaltsdaten 2011										Stufe 1: Veränderbarkeit										Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit										Übersicht Prioritäten		
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	Kategorie	politische Zielerreichung - negative Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?										Kategorie: politische Zielerreichung	Pkt.	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungstermin	politisch	Pkt.	Priorität	1	2	3						
																finanzielle Zielerreichung	Kat. 1: >= 50.000	Kat. 2: >= 5.000	Kat. 3: < 5.000	moderner Wirtschaftsstandort	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur												attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort	hoher Umweltqualitätsstandard	Bürger-nähe	weniger als 8	4 Kat. 1
				6165000	Instandhaltung von Sachenlagen Gemeingebrauch Infrastrukturvermögen rendleistungen	149.000	56.000	Reduzierung Feldwegebausanle rungsarbeiten		2 - teilweise	2 - mittel	4	3	25.000	2 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	3	2 2 - mittelfristig	01.04.2012	2 - mittel	4	3	3	2	3
				5004000	Umsatzerlöse	27.650		Erhöhung landwirtschaftliche Pachten um 10 %		1 - ja	2 - mittel	3	2	2.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2013	2 - mittel	4	3	2	3	3		
15			Wirtschaft und Tourismus																																							
			571	Wirtschaftsförderung																																						
			193	Erwerb und Vermarktung von Industrie- und Gewerbegrundstücken	6165000		8.000	Reduzierung Mulchschnitte (3 auf 2)	vertragliche Bindung bis Ende 2012	1 - ja	1 - gering	2	1	800	3 1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	3	1	4	3 2 - mittelfristig	01.01.2013	2 - mittel	4	3	1	3	3		
			573	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen																																						
			191	Gemeinschaftshäuser und Mehrzweckflächen																																						
					5003000	Umsatzerlöse aus Überlassung Gebäude und Räume	103.255	29.000	Stadthalle Kolpinghaus	Anhebung der Nutzungsentgelte/ Anpassung Entgeltverzeichnis/ wird seitens der Kolpinghauskommission empfohlen/ 01.09.2011	1 - ja	2 - mittel	3	2	3.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2	2	3	2		
					6161001	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.) Stadthalle	103.255	20.000	Stadthalle Kolpinghaus	Reduzierung Instandhaltungsaufwand (Anstricharbeiten Saal-, Toilette- und WIGA) wird seitens der Kolpinghauskommission nicht empfohlen/ 01.09.2011 - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	4.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	1	3	1		
					6179006	And. sonst Aufw bezogene Leist. Pachtobj. Gastst	-2.345	2.500	Pachtobjekt Gaststätte Stadthalle	Reduzierung Ansatz 2012, aufgrund Ergebnisse Vorjahre	1 - ja	1 - gering	2	1	2.000	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	1	3	1		
					6063006	Materialaufw. f. Einr. u Ausst. Pachtobj. Gaststätt	-2.345	2.000	Pachtobjekt Gaststätte Stadthalle	Reduzierung des Ansatzes um weitere 200,00 €	1 - ja	1 - gering	2	1	1.200	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	1	3	1		
					6161006	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	-2.345	5.000	Pachtobjekt Gaststätte Stadthalle	Reduzierung des Instandsetzungsansatzes um weitere 1.000,00 €	1 - ja	1 - gering	2	1	3.500	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	1	3	1		
					6161003	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.) Cafe Haselsee	3.947	1.500	Cafe am Haselsee	Verschlebung der geplanten Anstricharbeiten an den Holzfenster auf das Folgejahr - einmalige Einsparung in 2012	1 - ja	1 - gering	2	1	500	3 0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	4	2	5	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	1	3	1		
					5003000	Umsatzerlöse aus Überlassung Gebäude und Räume	19.450	19.450	Bürger- und Vereinshäuser gesamt	Anhebung der Nutzungsentgelte um 10%	1 - ja	2 - mittel	3	2	1.500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	2 - mittel	3	2	2	3	2	2	3	2	
					6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	800	800	Bürgerhaus Malges	Verschlebung Anstricharbeiten Treppenhaus auf Folgejahre - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	700	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	1	3	1	
					6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	15.446	5.550	Bürgerhaus Nüst	Verschlebung der Putzausbesserungen im Jugendraum in Folgejahre - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	1.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	1	3	1	
					6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	11.026	800	Bürgerhaus Demmersbach	Verschlebung der Anstricharbeiten im Flurbereich auf Folgejahre - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	1.500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3 1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	1	3	1	

Haushaltsdaten 2011										Stufe 1: Veränderbarkeit			Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit			Übersicht Prioritäten											
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungsmaßnahme	Bemerkung	Einflussmöglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Priorität	Volumen Konsolidierungsvorschlag pro Jahr	politische Zielerreichung - negative Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?										Kategorie	Pkt.	Priorität	Dauer	angestrebter Umsetzungs-termin	politisch	Pkt.	Priorität	1	2	3		
															Kat. 1: >=	50.000	Kat. 2: >=	5.000	Kat. 3: <	5.000	4	8	8	Kat. 1												Kat. 2	Kat. 3
															moderner Wirtschaftsstandort	maximale Beschäftigungsquote	attraktives Touristenangebot	moderne Bildungsangebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infrastruktur	attraktives Erscheinungsbild der Stadt	Ausprägung als Standort	hoher Umweltqualitätsstandard	Bürger-nähe	Kategorie: politische Zielerreichung												
				6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	14.348	1.000	Bürgerhaus Rückers	Wegfall geplante Raumabtrennung im 1. OG für Putztafel/Unterbringung im EG Hausmeisteraum - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	2.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1
				6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	7.185	800	Bürgerhaus Rudolphshan	Verschiebung gepl. Anstricharbeiten im Thekenbereich auf Folgejahre - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	200	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1
				6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	23.815	1.500	Vereinshaus Michelsrombach	Verschiebung der gepl. Anstricharbeiten im Deckenbereich Flur Jugendraum auf Folgejahre - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1
				6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	0	0	Bürger- und Vereinshäuser gesamt	Reduzierung der Instandsetzungsansätze bezogen auf 2012 um 50%	1 - ja	1 - gering	2	1	6.500	2 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	3	2	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	2	1
				6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	13.917	1.800	Kombigebäude Mackenzell	Verschiebung des geplanten Anstrich Saal + Untersuchung Dachdämmung in Folgejahre sowie Reduzierung des Instandhaltungsansatzes auf 800,00 € - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	2.700	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1
				6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	12.985	800	Vereinshaus Roßbach	Verschiebung gepl. Anstricharbeiten im Kellerbereich/ Toiletten - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	700	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	2	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1
				5003002	Umsatzerlöse aus Überlassung Gebäude und Räume	42.850	2.000	Stiftsgewölbe	Erhöhung der Nutzungsgebühr um 10%	1 - ja	1 - gering	2	1	200	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1
				6161002	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauu.)	42.850	1.000	Stiftsgewölbe	Verschiebung des Anstrich Lichtsacht sowie Austausch blinder Fensterscheiben im Eingangsbereich in Folgejahre - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	3.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6861002	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit Stiftsgewölbe	42.850	1.000	Stiftsgewölbe	Verschiebung des geplanten Flyers in Folgejahre - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	1.000	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauunterhaltung)			Erholungsanlage Präfors	Verschiebung der geplanten Anstricharbeiten der Holzkonstruktion Tiervoliere - einmalige Einsparung	1 - ja	1 - gering	2	1	200	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				5003000	Umsatzerlöse aus Überlassung Gebäude und Räume	9.700	5.000	Alter Lokschnuppen	Erhöhung der Nutzungsentgelte um 10%	1 - ja	1 - gering	2	1	500	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	
				6161000	Instandhaltung Gebäude und Außenanlagen	9.700	3.150	Alter Lokschnuppen	Reduzierung des Instandhaltungsansatzes um weitere 500,00 €	1 - ja	1 - gering	2	1	1.650	3 0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	1 - ja	3	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1	

Haushaltsdaten 2011		Stufe 1: Veränderbarkeit										Stufe 2: Zielerreichung										Stufe 3: Umsetzbarkeit					Übersticht Prioritäten														
Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Produktbereich/-gruppe	Sachkonto	Sachkonto-Text	Hh-Ansatz 2011	betroffener Teilansatz 2011	Konsolidierungs- maßnahme	Bemerkung	Einfluss- möglichkeit auf Veränderung	Aufwand für Veränderung	Pkt.	Prio- rität	finanzielle Zielerreichung		politische Zielerreichung - n e g a t i v e Auswirkungen auf Ziele Leitbild ?										Kategorie	weniger als 8	4 Kat. 1	8 Kat. 2	mehr als 8 Kat. 3	Kategorie: politische Ziel- erreichung	Pkt.	Prio- rität	Dauer	angestrebter Umsetzungs- termin	politisch	Pkt.	Prio- rität	1	2	3
														Kat. 1: >=	50.000	moderner Wirtschafts- standort	maximale Beschäfti- gungs- quote	attraktives Touristen- angebot	moderne Bildungs- angebote	kulturell attraktive Stadt	gute soziale Infra- struktur	attraktives Erschei- nungs- bild der Stadt	Ausprägung als Standort Mittelzentru m	hoher Umwelt- qualitäts- standard	Bürger- nähe																
				50003000	Mieten und Pachten	1.000		Festplatz Haselgrund	Erhöhung der Nutzungsgebühr von 100 € auf 150 € pro Tag/ überwiegend Übernahme der Gebühr im Rahmen der Vereinsförderung	1 - ja	1 - gering	2	1	250	3	0 - nein	0 - nein	1 - ja	0 - nein	1 - ja	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	0 - nein	2	1	4	3	1 - kurzfristig	01.01.2012	1 - leicht	2	1	1	3	1		
													Gesamtsumme																												
													Gesamtsumme																												
													Summe Erträge																												
													Summe Aufwendungen																												

Vorschlagsliste zur Reduzierung des Fehlbedarfs im Ergebnishaushalt der Stadt Hünfeld durch Einsparungen und/oder Mehreinnahmen										
Sachverhalt	Einmalige Einsparung	nachhaltige Verbesserung		Vorschlag von	Veröffentlichung ja/nein	Umsetzung (geplant) (beschlossen) (In Prüfung) (wird nicht umgesetzt)	FB	Erläuterungen	Vorschlag eingegangen am	Beschluss, ob Umsetzung erfolgt, vorgesehen am
		Erhöhung Erträge	Reduzierung Aufwendungen							
Einführung einer Bürgeranleihe				Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	1		01.04.2010	
nächtliche Ampelabschaltung B84			0 €	Sebastian Hartmann	ja	in Prüfung	2	Zuständigkeit liegt bei der Verkehrsbehörde des Landkreises	03.04.2010	
Reduzierung Förderung Museen				Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	2		06.04.2010	
Reduzierung nächtliche Straßenbeleuchtung			16.000 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	SWH	bei Reduzierung Leuchtdauer 1 Std.	23.01.2010	
Besteuerung Photovoltaikanlagen > 10 m²			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	1	keine Rechtsgrundlage vorhanden	23.01.2010	
Anhebung Grundsteuern			205.500 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	1	ist berücksichtigt	23.01.2010	
Erhöhung Entgelte Kinderbetreuung		0 €		Bürgervorschlag N. N.	ja	beschlossen - wird nicht umgesetzt	2	Empfehlung in Teilträgerversammlung am 20. Mai 2010 - keine Erhöhung der Entgelte für das Jahr 2011 im Kindergartenbereich. Im Krippenbereich erfolgt eine Anhebung entsprechend der Abstimmung mit der Kindergruppe Villa Kunterbunt Hünfeld e.V. Dies war jedoch bereits im Haushalt vorgesehen. Erhöhung nur, wo 1/3- Finanzierung nicht erreicht wird (=Verträge)	23.01.2010	Beschlossen im Magistrat am 29. Juni 2010 - Umsetzung nur im Krippenbereich
zusätzliche Fremdvergaben anstelle Bauhofleistungen			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	1	wird seit Jahren praktiziert		
Zusammenfassung Leitung Kinderbetreuungseinrichtungen			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	wird nicht umgesetzt	2	Stadt ist kein Kindergartenträger, daher nicht durchsetzbar		rechnen nicht möglich, da die Kinderbetreuungseinrichtungen in Hünfeld unter verschiedener Trägerschaft stehen.
Reduzierung Busverkehr LNG			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	2	keine Entscheidungskompetenz	31.01.2010	
Verkleinerung Fuhrpark Verwaltung			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	1	Einsparpotential nicht erkennbar aufgrund Mobilitätsanfordernisse	02.02.2010	
höhere Grundsteuer bei Mietimmobilien		- €		Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	1	Einheitswertfestsetzung erfolgt durch Finanzamt, keine Entscheidungskompetenz	25.04.2010	
Erhöhung Nutzungsentgelte für Mietstellplätze				Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	2	ist vorgesehen	26.04.2010	
Feuerwehr Atemschutz: Auslagerung der Atemschutzwerkstatt an externen Dienstleister			-6.300 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	2	Gründung Interkommunales Dienstleistungszentrum mit Burghaun, Rasdorf und Nüsttal	26.04.2010	
Kürzung Bürgermeisterbezüge			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	1	keine Entscheidungskompetenz	06.05.2010	
Keine Bezuschussung für Bauprojekte der Kirchen			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	2	Mit der Rahmenvereinbarung vom 18.04.2004 zur Ablösung der Kirchbaulasten erfolgt keine weitgehende Kostenbeteiligung; verblieben sind Kostenbeteiligungen für Kindergärten aufgrund bestehender Verträge	06.05.2010	
Abschaffung freiwilliger Polizeidienst			-4.000 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	2	Vorgesehen ist Reduzierung um 2.000 € ab dem 01.01.2011, reduzierte Aufgabenwahrnehmung bei Nichtverfügbarkeit Hilfspolizisten	06.05.2010	
Energiesparlampen für Straßenlaternen			-21.400 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	SWH	Umrüstung ist vorgesehen	06.05.2010	
erneuerbare Energien bei öffentlichen Gebäuden			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	alle	bisher keine Ansatzpunkte, die zu finanziellen Einsparungen führen könnten; ausgenommen Freibad, dort umgesetzt	06.05.2010	
Modernisierung Internetauftritt			0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	P	kein Einsparvorschlag	06.05.2010	

Streichung Erfrischungsgelder Wahlhelfer		0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	1	keine Reduzierung vorgesehen aus Motivationsgründen	06.05.2010			
Hundebestandsprüfung (Überprüfung nicht angemeldeter Hunde)	- €		Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	2	Die letzte Bestandsaufnahme erfolgte in 2008/2009 - Die nächste ist für 2013 vorgesehen	08.05.2010			
Reduzierung Müllentsorgung durch Produkt HygoFix	- €		Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung	3	keine Entscheidungskompetenz	21.05.2010			
Kindergartenleitung für alle städtischen Kindergärten		0 €	Bürgervorschlag N. N.	nein	wird nicht umgesetzt		siehe oben	23.05.2010	siehe Zeile 20		
Gewerbesteueranhebung (wie FD, max. jedoch 365 Punkte)	360.000 €		Bürgervorschlag N. N.	nein	in Prüfung		Erhöhung auf 350 % (=180.000 €) vorgesehen,	23.05.2010			
Einnahmen/Investprojekt A7 - Parkflächen schaffen, LKW/Wohnwagen bereitstellen (Miet-) oder Autobahnraststätte Hünfeld Nord Miroba	- €		Bürgervorschlag N. N.	nein	in Prüfung		sämtliche Flächen andorwärtig verplant	23.05.2010			
1.000,00 € Hundesteuer/Jahr für gefährliche Hunde			Bürgervorschlag N. N.	nein	in Prüfung		Anhebung für alle Hunderasen vorgesehen, nicht ausschließlich für gefährliche Hunde	25.05.2010			
Gemeinsames Amtsblatt "Hünfelder Echo" etc. über Interkommunale ARGE Hess. Kegelspiel		0 €	Bürgervorschlag N. N.	nein	in Prüfung		zur Zeit aufgrund vortraglicher Verbindungen der Partnerkommunen nicht umsetzbar, wird mittelfristig weiter angestrebt	25.05.2010			
ersatzloses Streichen des Betriebsausfluges			Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung		Kosten werden anteilig über Mitarbeiterumlagen finanziert; Umsetzung nicht zielführend, solange Betriebsausflug als bedeutsames Motivationsinstrument darstellt - wird regelmäßig überprüft	27.05.2010			
Ahdung verbotener Sonntagsarbeit	- €		Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung		keine Rechtsgrundlage vorhanden	01.06.2010			
Einführung Kurbeitrag, Umweltbeitrag etc. für Übernachtungsgäste	- €		Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung		keine Rechtsgrundlage vorhanden, da keine Kurstadt	08.06.2010			
Einschränkung Benutzung von Feuerwehersatzfahrzeugen zur Teilnahme an Wehrlührersitzungen/Weiterbildungen/Lehrgängen auf Kreisabene		0 €	Bürgervorschlag N. N.	ja	in Prüfung		nicht zielführend für Motivation ehrenamtliche Tätigkeit Feuerwehr	08.09.2010			
Ersetzung derzeitige Druckertoner Stadt mit Biotonem			Bürgervorschlag N. N.	nein			muss geprüft werden, Einparpotential nicht ersichtlich	11.12.2010			
Umstellung Straßenlampen auf energiesparende LED Technik; somit Einsparung von bis zu 90 % (Zusammenarbeit)		0 €	Bürgervorschlag	ja, ohne Namen			siehe oben	13.04.2011			
Einführung einer Katzensteuer		0 €	Bürgervorschlag Nr. N.	nein			keine Rechtsgrundlage	19.05.2011			
GESAMT	0 €										

**Der Ortsbeirat des
Stadtteils Malges**

Malges, den 02.09.2011

An den
Magistrat der
Stadt Hünfeld

Niederschrift der Ortsbeiratssitzung Malges vom 02.09.2011

Im BGH Malges

Teilnehmer:

M. Grosch	<input checked="" type="checkbox"/>	O. Steinberger	<input checked="" type="checkbox"/>
M. Möller	<input checked="" type="checkbox"/>	N. Bott	<input checked="" type="checkbox"/>
N. Watzlawik	<input checked="" type="checkbox"/>	N. Quanz	<input checked="" type="checkbox"/>
D. Abel	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Gast:

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

M. Grosch begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung um 20:00 Uhr.

Top1. Haushaltskonsolidierung

- **Bepflanzung:** Es gibt Unterschiede in den Bepflanzungen innerhalb der Stadt Hünfeld und den Stadtteilen. Bei Verwendung einer einheitlichen (günstigeren) Bepflanzung kann bei der Pflege und auch der Anschaffung gespart werden. Zum Teil werden intensive und zeitaufwändige Pflegemaßnahmen erbracht (saisonale Neubepflanzung, etc.), die durch Ganzjahresstauden ggf. nicht erforderlich sind. 3
- **Patenschaften:** Für Grünflächen und Bepflanzungen könnte verstärkt Patenschaften gesucht werden. Hier könnten bei Pflege wie z.B Grünschnitt Kosten gespart werden. Vereine und Gruppierungen sollten angesprochen werden. 3

- **Straßenbeleuchtung:** Beleuchtungen könnten in den Nachtstunden abgeschaltet werden.
Beleuchtungen könnten effizienter und Kostenorientiert verbessert werden.
Beispiel LED-Technik.
- **Portokosten:** Zeitunkritische Post kann in der Poststelle gesammelt werden und zu gegebener Zeit (einmal je Woche) versandt werden.

SWH

1

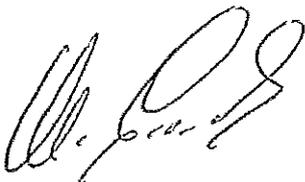
Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Ortsvorstehern die Möglichkeit eingeräumt am 07.09.2011 an der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses teilzunehmen. Hier wird das Konzept (Vorgehensweise) der Haushaltskonsolidierung sowie der Sachstand zu diesem Thema bekanntgegeben.

Top2: Verschiedenes

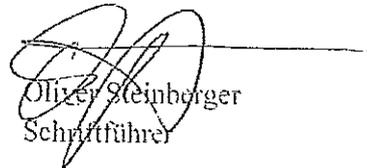
Unter anderem wurde über folgende Themen diskutiert und besprochen.

- Die Bürgerinitiative BIKKI Betzenrod lädt zu einer Informationsveranstaltung am 05.09.2011 ein. Grund der Veranstaltung: MKW.
- Wieselbergabbau
- Straßenverschmutzung
- Geschwindigkeitskontrollen Ortsdurchfahrt Malges.
- Tag der Reservisten am 24.09.2011
- Zu hohe Kosten für das BGH Malges. Wenig Raumbellegung.
- Landratswahl am So, den 04.09.2011.

Martin Grosch beendet die Sitzung um 22:10



M. Grosch
Ortsvorsteher



Oliver Steinberger
Schriftführer

Protokoll über die Sitzung des Ortsbeirats Sargenzell am 14.09.2011

Anwesend: Martin Krimmel
 Sascha Weber
 Jürgen Michel
 Andreas Marwick
 Wolfgang Michel
 Sven Bibau
 Jennifer Michel
 André Och

Abwesend: Pia Biedenbach
 Matthias Pappert

FB 1	FB 2	FB 3/4	P	B	ZV	E	W
Stadt Hünfeld							
Egm	LK	Kor	Mag	HuF/BA	S-V	Sonder	
Eing.:		23. SEP. 2011					
Bearbeiter: <i>P. Michel</i> zuz. Rücksprache							
Vorlage:							
Fälligkeit: erstellt:							

Wolfgang Michel appelliert an den Ortsvorsteher, in Zukunft die Ansetzung von Sitzungen terminlich besser abzustimmen. Jennifer Michel und er nahmen bereits an der Stadtverordnetenversammlung teil, welche ebenfalls am heutigen Tag stattfand.

Ansonsten gibt es keinen Einwand gegen die ordnungsgemäße Einladung.

TOP 1: Konsolidierung Haushalt

Die Stadt Hünfeld bittet den Ortsbeirat, Vorschläge für Einsparungen und Einnahmeverbesserungen zu erarbeiten, welche zur Konsolidierung des Haushalts beitragen könnten.

Folgende Punkte wurden diskutiert:

1. Zusammenlegung von Wahlterminen, z.B. hätte die diesjährige Landratswahl mit der Kommunalwahl zusammengelegt werden können. 1
2. Verzicht des Dankschreibens an die Wahlhelfer
3. Nächtliche Abschaltung von Straßenlampen für eine bestimmte Dauer: Kostenanalysen des Umweltausschusses Hünfeld hätten ergeben, dass die Abschaltung aller Straßenlampen des Stadtgebiets für 1-2 Stunden pro Nacht eine Reduzierung der Stromkosten in Höhe von 20.000 € entspricht. Hingegen sei eine Umrüstung auf energiesparende Lampen mit sehr hohen Kosten verbunden. SW 14
+
3
4. Vermeidung von unnötigen Instandhaltungskosten für Feldwege: Weniger benutzte Feldwege können z.B. bei Freischneidarbeiten vernachlässigt werden. Der Ortsbeirat könnte nach einer Ortsbegehung eine Liste solcher Feldwege erstellen. 3

TOP 2: Anträge

Der Ortsbeirat stellt folgende Anträge:

1. Ab der Ortseinfahrt muss die Ortsdurchfahrtsstraße „Am Bramvirst“ repariert bzw. ausgebessert werden. Die Frostschäden aus dem vergangenen Winter müssen unbedingt beseitigt werden, insbesondere in Nähe der Kanaldeckel sind Risse entstanden. Ferner gibt es eine Beschwerde von Horst Mück und Jürgen Klüber gegenüber dem Ortsbeirat, dass in Höhe des Grundstücks „Am Bramfirst 9“ trotz der durchgeführten Ausbesserungsarbeiten noch immer das Regenwasser nicht abfließe. Dringender Handlungsbedarf für die Straße „Am Bramvirst“ sieht der Ortsbeirat noch vor diesem Winter. 3

Abstimmung: einstimmig

2. Anton Michel wünscht die Beseitigung der Bäume am Franz-Pater-Konrad-Weg. Der Ortsbeirat sieht es hingegen als ausreichend an, einen starken Rückschnitt der Bäume durchzuführen. 3

Abstimmung: einstimmig

3. Der Ortsbeirat beantragt die saisonale Aufhebung des Durchfahrtsverbots für Pkws für den Feldweg zum Grillplatz ab der Zufahrt Straße „Kirschberg“ in Höhe „Biedenbachs Kreuz“. 2

Abstimmung: einstimmig

4. Der Ortsbeirat beauftragt den Ortsvorsteher, ein Nutzungskonzept für die Außentoiletten am DGH zu erstellen. Hierfür soll der Verwendungsbedarf bei den Vereinen angefragt werden, um die Instandsetzung voranzutreiben. Teil des Konzepts soll auch eine Abschätzung der ungefähren Renovierungskosten sein. 3

Abstimmung: einstimmig

TOP 3: Verschiedenes

- Die Reparaturarbeiten am Neunhardserweg wurden im Ortsbeirat positiv zur Kenntnis genommen. 3
- Der Ortsbeirat fordert die Stadt auf, die steile Böschung am neuen Fußgängerweg ab der Ortseinfahrt entlang der Landstraße L3176 besser zu befestigen. 3
- Der Fußweg von Einmündung zum „Helene-Weber-Weg“ bis „Hubertusweg“ wird z. Z. von Pkws (u. a. Anlieferfahrzeuge) genutzt. Der Ortsbeirat fordert die Stadt auf, die ehemalige Holzbarriere wieder zu errichten, um die nicht ordnungsgemäße Nutzung zu unterbinden. 2

Martin Krimmel
Ortsvorsteher Sargenzell

André Och
Schriftführer